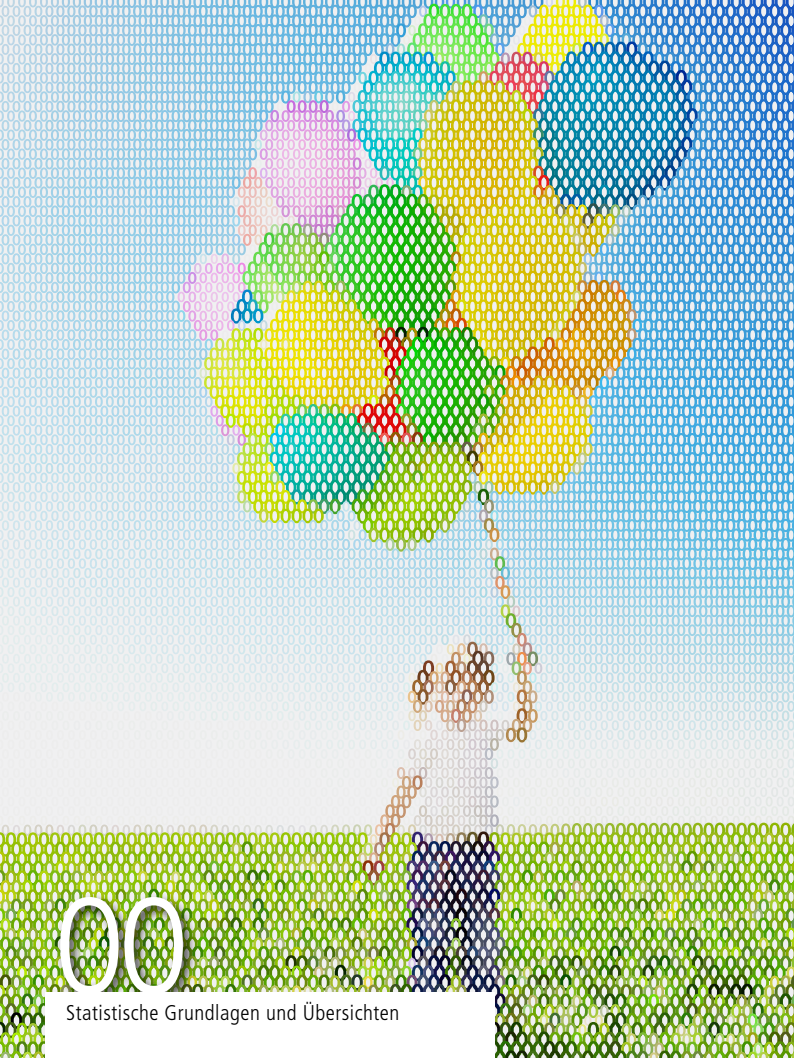




00

Statistische Grundlagen und Übersichten

021-1600

Taschenstatistik der Schweiz 2016



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI
Bundesamt für Statistik BFS

Bundesamt für Statistik

Espace de l'Europe 10

CH-2010 Neuchâtel

Auskünfte:

Telefon +41 58 463 60 11

Telefax +41 58 463 60 12

Bestellung von Publikationen:

Telefon +41 58 463 60 60

Telefax +41 58 463 60 61

www.statistik.admin.ch

Zeichenerklärung:

Drei Punkte (...) anstelle einer Zahl bedeuten, dass diese unbekannt ist, weil (noch) nicht erhoben oder (noch) nicht berechnet.

Ein Strich (–) anstelle einer Zahl steht für den Wert absolut null.

Eine Zahl mit hochgestelltem «p» bedeutet, dass diese provisorisch ist.

Abkürzungen Kantonsnamen:

Erklärung in Tabelle auf Seite 4.

Rundung:

Im Allgemeinen wird ohne Rücksicht auf die Endsumme auf- bzw. abgerundet. Bei Differenzen zwischen addierten Teilsummen und Gesamtsumme werden die Einzelwerte also nicht angepasst.

Quellen:

Bei der Wiedergabe von statistischen Ergebnissen wurde in der Regel auf Quellenangaben verzichtet. Entsprechende Informationen finden sich im Portal «Statistik Schweiz» www.statistik.admin.ch

Herausgeber:

Bundesamt für Statistik

Sektion Diffusion und Amtspublikationen

Februar 2016. Erscheint in deutscher, französischer, italienischer, rätoromanischer und englischer Sprache.

Konzeption:

Bernhard Morgenthaler †, Armin Grossenbacher

Redaktion:

Etienne Burnier

Grafiken, Layout:

Daniel von Burg, Etienne Burnier

Karten:

Sabine Kuster

Titelseite:

Netthoevel & Gaberthüel, Biel;

Foto: © Miramiska – Fotolia.com

Grafisches Konzept:

Roland Hirter, Bern

Bestellnummer:

021-1600

ISBN:

978-3-303-00540-8

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	3
Bevölkerung	4
Raum und Umwelt	9
Arbeit und Erwerb	11
Volkswirtschaft	14
Preise	16
Industrie und Dienstleistungen	17
Land- und Forstwirtschaft	20
Energie	21
Bau- und Wohnungswesen	22
Tourismus	23
Mobilität und Verkehr	24
Die Schweiz und Europa	26
Banken, Versicherungen	28
Soziale Sicherheit	29
Gesundheit	32
Bildung und Wissenschaft	34
Kultur, Medien und Informationsgesellschaft	37
Politik	39
Öffentliche Finanzen	41
Kriminalität und Strafrecht	43
Wirtschaftliche und soziale Situation der Bevölkerung	45
Nachhaltige Entwicklung	49
Regionale Disparitäten	50
Die Schweiz und ihre Kantone	51

Liebe Leserin, lieber Leser

Sie halten die 20. Ausgabe der Taschenstatistik der Schweiz in Ihren Händen – eine Flaggschiffpublikation des Bundesamtes für Statistik, die jeweils gleichzeitig mit dem Statistischen Jahrbuch der Schweiz veröffentlicht wird. Letzteres bietet auf seinen rund 600 Seiten einen tieferen Einblick in die statistische Zahlenwelt.

In der Ausgabe 2016 gibt es einige Neuheiten: Im Kapitel «Nachhaltige Entwicklung» werden Ihnen bisher unveröffentlichte Daten zu den Dienstleistungen für die Bevölkerung präsentiert. Sie informieren darüber, ob ein Standort gute Infrastrukturen bietet und ob Unternehmen oder wichtige Dienstleistungen für die Bevölkerung wie Restaurants, Schulen oder Arztpraxen vorhanden sind. Dies gewährt einen Einblick in die Lebensqualität und die zwischen den Regionen bestehenden Unterschiede. Das Kapitel «Raum und Umwelt» hat umfassende Veränderungen erfahren und legt den Fokus dieses Jahr auf die Nutzung von Ressourcen und die Treibhausgasemissionen. Darüber hinaus präsentieren wir Ihnen eine Grafik zur Wahrnehmung der Umweltbedingungen durch die Bevölkerung. Im Kapitel «Mobilität und Verkehr» beleuchten neue Informationen das Thema Kosten und Finanzierung des Strassen-, Schienen- und Luftverkehrs.

Die vom BFS erstellten Statistiken erfordern je nach Art der Daten, die aus den Befragungen und Erhebungen hervorgehen, intensive und komplexe Auswertungen. Dies führt dazu, dass nicht alle veröffentlichten Daten sich auf dasselbe Jahr beziehen. In vielen Fällen stammen die Daten aus dem Jahr 2014 oder gar 2015, andere aus den Vorjahren. Nichtsdestoweniger finden sich in der Taschenstatistik stets die aktuellsten verfügbaren Daten. Zusätzlich können Sie die für ein Thema jeweils aktuellsten Zahlen auch jederzeit in unseren Online-Angeboten finden.

Auch im Jahr 2016 wird das BFS mit Neuerungen aufwarten. Das Statistikportal soll im Herbst ein neues Erscheinungsbild erhalten: moderner, interaktiver und an die jüngsten Technologien angepasst, d.h. auch auf allen mobilen Geräten abrufbar. Im Bereich mobiler Endgeräte wurde 2015 auch ein neuer Publikationstyp für digitale Publikationen, DigiPubs genannt, entwickelt. Thema einer der ersten DigiPubs waren unter anderem die Nationalratswahlen. Im Verlauf dieses Jahres werden weitere Themenschwerpunkte in Form von DigiPubs folgen.

Georges-Simon Ulrich

Direktor

Bundesamt für Statistik (BFS)

Neuchâtel, Februar 2016

Weitere Informationsquellen:

- Die Pressemitteilungen des BFS können als Newsletter per E-Mail abonniert werden – prompt und gratis. Anmeldung: www.news-stat.admin.ch
- Neues im Portal: die aktuellsten Veröffentlichungen des BFS, zu thematischen Paketen zusammengefasst. www.statistik.ch → Aktuell → Neues im Portal.
- Antworten auf spezifische Fragen erteilt das Informationszentrum für Statistik, Telefon +41 58 463 60 11 oder per E-Mail an: info@bfs.admin.ch

Ständige Wohnbevölkerung in den Kantonen 2014

Am Jahresende	Total in 1000	Ausländer in %	Städtisch in %	Dichte je km ²	Wachstum 2010–2014 in %
Schweiz	8 237,7	24,3	84,5	206,0	4,7
Zürich (ZH)	1 446,4	25,8	99,3	870,8	5,3
Bern (BE)	1 009,4	15,0	74,4	172,8	3,0
Luzern (LU)	394,6	17,6	64,0	276,1	4,5
Uri (UR)	36,0	11,5	88,1	34,1	1,7
Schwyz (SZ)	152,8	19,9	81,8	179,4	4,1
Obwalden (OW)	36,8	14,2	27,8	76,6	3,5
Nidwalden (NW)	42,1	13,6	50,6	174,2	2,6
Glarus (GL)	39,8	22,6	75,5	58,5	3,1
Zug (ZG)	120,1	26,3	100,0	579,9	6,2
Freiburg (FR)	303,4	21,4	74,0	190,3	8,9
Solothurn (SO)	263,7	20,8	86,1	333,6	3,3
Basel-Stadt (BS)	190,6	34,8	100,0	5 150,8	3,0
Basel-Landschaft (BL)	281,3	21,3	97,5	543,5	2,5
Schaffhausen (SH)	79,4	25,0	89,9	266,4	4,0
Appenzell A, Rh. (AR)	54,1	15,4	76,6	222,6	2,0
Appenzell I, Rh. (AI)	15,9	10,6	0,0	91,9	1,1
St. Gallen (SG)	495,8	23,3	82,6	254,2	3,5
Graubünden (GR)	195,9	18,1	44,5	27,6	1,7
Aargau (AG)	645,3	23,9	85,1	462,5	5,5
Thurgau (TG)	263,7	23,8	67,2	305,6	6,2
Tessin (TI)	350,4	27,6	92,0	127,8	5,0
Vaud (VD)	761,4	33,1	89,6	269,8	6,8
Valais (VS)	331,8	22,7	75,1	63,6	6,1
Neuchâtel (NE)	177,3	25,2	89,7	247,3	3,0
Genève (GE)	477,4	40,9	100,0	1 942,1	4,3
Jura (JU)	72,4	14,0	53,0	86,4	3,4

Ständige Wohnbevölkerung in den grossen Städten 2014

	Stadt		Agglomeration	
	in 1000	Wachstum in % 2010–2014	in 1000	Wachstum in % 2010–2014
Total	1 125,2	4,7	3 383,1	4,9
Zürich	391,4	5,0	1 315,7	5,3
Genf	194,6	3,8	570,2	4,7
Basel	168,6	3,3	537,1	3,0
Bern	130,0	4,5	406,9	3,8
Lausanne	133,9	4,8	402,9	6,2
Winterthur	106,8	5,4	150,5	5,1

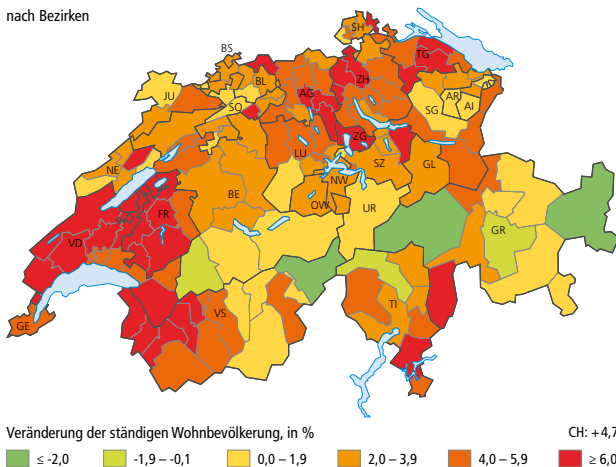
Die Bevölkerung ist mehrheitlich städtisch

84,5% der Bevölkerung wohnen heute (2014) in städtischen Gebieten. Rund die Hälfte der städtischen Bevölkerung wohnt in einer der fünf grössten Agglomerationen der Schweiz (Zürich, Genf, Basel, Bern und Lausanne).

Das Bevölkerungswachstum in den städtischen Regionen ist ausgeprägter als in den ländlichen Gebieten (2014: +1,2% gegenüber +1,0%).

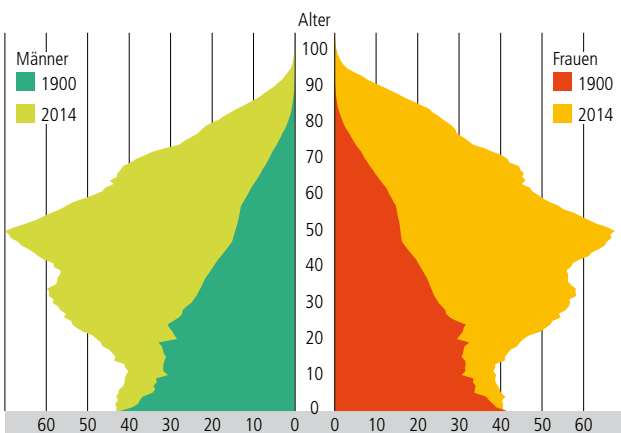
Bevölkerungswachstum 2010–2014

nach Bezirken



Altersaufbau der Bevölkerung

Anzahl Personen in 1000



Eine alternde Gesellschaft

Im Laufe des 20. Jahrhunderts ist der Anteil der älteren Menschen gestiegen, während derjenige der Jugendlichen (unter 20 Jahren) und der Personen im erwerbsfähigen Alter (20 bis 64 Jahre) gesunken ist. Die Form der Alterspyramide hat sich dabei von einer «Pyramide» zu einer «Tanne» (2014) gewandelt, wobei die geburtenstarken Jahrgänge 1960 bis 1971 dominieren. Ihnen stehen eine schwächer besetzte Jugendgeneration und eine wachsende Zahl älterer Menschen gegenüber. Die Alterung wird sich fortsetzen. Der Anteil der 65-Jährigen und Älteren dürfte bis 2060 von 17,8% (2014) auf rund 28% ansteigen. Das Bevölkerungswachstum in der Schweiz ist in den letzten Jahren vor allem auf den Einwanderungsüberschuss zurückzuführen und nur zu einem geringen Teil auf den Geburtenüberschuss.

Lebendgeborene 2014

Total	85 287
Knaben je 100 Mädchen	105,8
Anteil nicht ehelicher Lebendgeborener in %	21,7
Kinder je Frau ¹	1,5

1 Zahl der Kinder, die eine Frau im Laufe ihres Lebens zur Welt bringt, wenn man die altersspezifischen Geburtenziffern im Beobachtungsjahr zu Grunde legt

Todesfälle 2014

Total	63 938
Alter der Gestorbenen	
0–19 Jahre	514
20–39 Jahre	831
40–64 Jahre	7 546
65–79 Jahre	16 101
≥ 80 Jahre	38 946

Internationale Wanderungen 2014

Einwanderung	187 326
davon Ausländer	161 149
Auswanderung	111 103
davon Ausländer	82 607
Wanderungssaldo	76 223
Schweizer	–2 319
Ausländer	78 542

Binnenwanderungen² 2014

Total Zu- und Wegzüge	491 978
------------------------------	----------------

2 Wanderungen zwischen den politischen Gemeinden, ohne Wanderungen innerhalb einer Gemeinde

Heiraten 2014

Total	41 891
Schweizer/Schweizerin	20 394
Schweizer/Ausländerin	8 237
Ausländer/Schweizerin	6 823
Ausländer/Ausländerin	6 437
Durchschnittsalter bei der Heirat (Jahre)	
Ledige Männer	31,8
Ledige Frauen	29,6

Scheidungen 2014

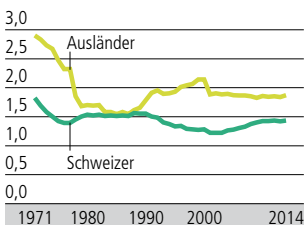
Total	16 737
mit unmündigen Kindern (%)	44,5
Ehedauer	
0–4 Jahre	2 062
5–9 Jahre	4 256
10–14 Jahre	3 044
15 und mehr Jahre	7 375
Zusammengefasste Scheidungsziffer ³	40,9

3 Anteil der Ehen, die früher oder später geschieden werden, wenn das Scheidungsverhalten im Beobachtungsjahr zu Grunde gelegt wird

Mehrlingsgeburten⁴ 2014

Total	1 549
davon Zwillingsgeburten	1 517

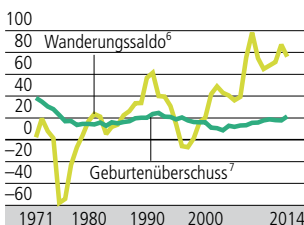
4 Anzahl Entbindungen; lebend- und totgeborene Kinder

Zusammengefasste Geburtenziffer⁵

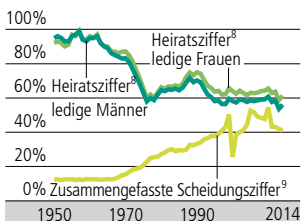
5 Kinder je Frau; siehe Anmerkung 1

Wanderungssaldo und Geburtenüberschuss

in 1000



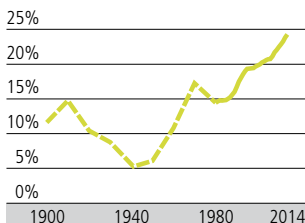
6 Bis 2010 inkl. Statuswechsel, ab 2011 inkl. Übertritte von der nichtständigen Wohnbevölkerung
7 Lebendgeburten minus Todesfälle

Heiraten und Scheidungen

8 Anteil (%) der unter 50-jährigen ledigen Männer, bzw. Frauen, die im Laufe der Zeit heiraten werden, wenn das Heiratsverhalten im Beobachtungsjahr zu Grunde gelegt wird

9 Siehe Anmerkung 3. Ab 2011 sind die Scheidungen von zwei ausländischen Personen nicht vollständig erfasst.

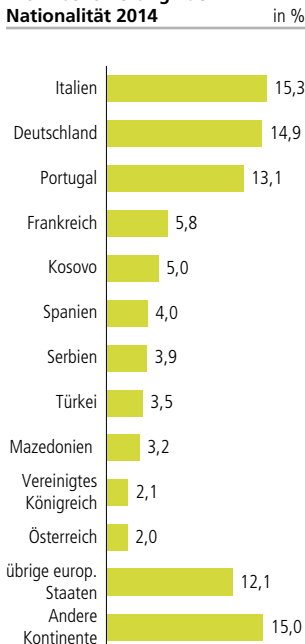
Anteil der ständigen ausländischen Wohnbevölkerung



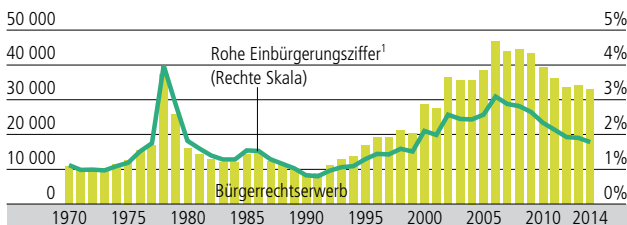
Ständige und nichtständige ausländische Wohnbevölkerung nach Anwesenheitsbewilligung 2014

	in 1000
Total	2 085,3
Aufenthalter (Ausweis B)	648,1
Niedergelassene (Ausweis C)	1 255,8
Internationale Funktionäre und Diplomaten	19,7
Kurzaufenthalter (Ausweis L)	96,0
Asylsuchende (Ausweis N)	19,4
Vorläufig Aufgenommene (Ausweis F)	28,6
Nicht zugeteilt	7,7

Ständige ausländische Wohnbevölkerung nach Nationalität 2014



Erwerb des Schweizer Bürgerrechts



¹ Anzahl Bürgerrechtserwerbe bezogen auf 100 Aufenthalter und Niedergelassene am Jahresanfang

Ausländische Bevölkerung: mehr als die Hälfte ist in der Schweiz geboren oder seit mindestens 10 Jahren hier wohnhaft

Der Ausländeranteil an der ständigen Wohnbevölkerung liegt bei 24,3%. Mehr als die Hälfte der Einwohner ohne Schweizer Pass (55,5%) lebt seit 10 Jahren oder mehr hier oder ist schon hier geboren. Im Jahr 2014 haben 32 836 Personen (1,8% der ausländischen ständigen Wohnbevölkerung) die schweizerische Staatsbürgerschaft erworben. Die ausländische Bevölkerung ist jung: Auf 100 Personen im erwerbsfähigen Alter (20 bis 64 Jahre) entfallen nur deren 11 im Alter ab 65 Jahren (Schweizer: 36). 28,8% der 2014 in der Schweiz geborenen Kinder besitzen eine ausländische Staatsbürgerschaft. 2014 ist die Zahl der Einwanderungen gegenüber dem Vorjahr um 3,1% gesunken. Dabei stammen 62% der Eingewanderten aus der EU/EFTA.

Formen des Zusammenlebens werden vielfältiger

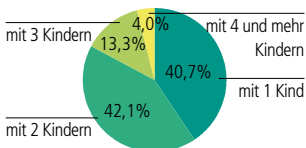
Im Jahr 2013 gehörten nur 29% der Privathaushalte zum Haushaltstyp «Paar mit Kind(ern)». Von den Haushalten mit mindestens einem Kind unter 25 Jahren sind 14% Einelternfamilien und 6% Patchworkfamilien: Diese hohen Anteile sind das Ergebnis vieler Scheidungen (16 737 im Jahr 2014), darüber hinaus hat sich der Anteil der nicht ehelichen Geburten zwischen 2000 und 2014 fast verdoppelt, von 11% auf 22%.

Der Entscheid zu Heirat und Gründung einer Familie fällt immer später: Das Erstheiratsalter hat bei den Frauen von 24 (1970) auf 30 Jahre (2014) zugenommen, bei den Männern von 26 auf 32 Jahre; das durchschnittliche Alter der Mütter bei der ersten Geburt ist von 25 auf 31 Jahre gestiegen.

Das traditionelle bürgerliche «Alleinernährermodell» ist heute die Ausnahme: 2014 sind beinahe acht von zehn (78,5%) Mütter in Paarhaushalten erwerbstätig – allerdings meist teilzeitlich, denn nach wie vor gilt: Erwerbsarbeit leisten überwiegend die Väter (in der Regel vollzeitlich), Haus- und Familienarbeit hauptsächlich die Mütter.

Privathaushalte 2013	in 1000
Total	3 532,6
Einpersonenhaushalte	1 240,6
Familienhaushalte	2 184,0
Paare ohne Kinder	975,2
Paare mit Kindern	1 019,7
Elternteil mit Kindern	203,3
Nichtfamilienhaushalte	70,3

Familienhaushalte mit Kindern 2013
Nur Kinder unter 25 Jahren

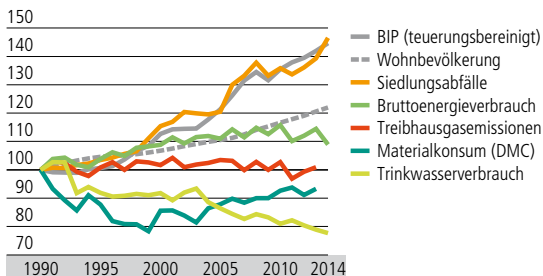


Hauptsprachen 2013 ¹	in %
Deutsch	64,5
Französisch	22,6
Italienisch	8,3
Rätoromanisch	0,5
Englisch	4,7
Portugiesisch	3,5
Albanisch	2,6
Serbisch und Kroatisch	2,5
Spanisch	2,2
Türkische Sprachen	1,1
Übrige Sprachen	5,3

¹ Ständige Wohnbevölkerung ab 15 Jahren in Privathaushalten, Mehrfachnennungen möglich

Religionszugehörigkeit 2013 ²	in %
Evangelisch reformiert	26,1
Römisch-katholisch	38,0
Andere christliche Glaubensgemeinschaften	5,8
Jüdische Glaubensgemeinschaften	0,2
Islamische Glaubensgemeinschaften	5,1
Andere Religionsgemeinschaften	1,3
Konfessionslos	22,2
Ohne Angabe	1,3

² Ständige Wohnbevölkerung ab 15 Jahren in Privathaushalten



Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum gehen in der Regel mit einem steigenden Verbrauch an natürlichen Ressourcen und einer Zunahme der Emissionen einher – sofern nicht etwa Verhaltensweisen geändert werden oder technologischer Fortschritt zu einer verbesserten Effizienz führen. So folgen z.B. Energie-, oder Bodenverbrauch ungefähr dem Verlauf der Bevölkerung. Die Menge anfallender Siedlungsabfälle wiederum stimmt in etwa mit dem Gang des Bruttoinlandsprodukts BIP überein. Anders ist es beispielsweise bei den Treibhausgasemissionen, die seit 1990 mehr oder weniger konstant geblieben sind. Beim Trinkwasserverbrauch und dem Materialkonsum konnten die Bedürfnisse einer wachsenden Bevölkerung und Wirtschaft gar mit geringerem Einsatz gedeckt werden.

Bodennutzung

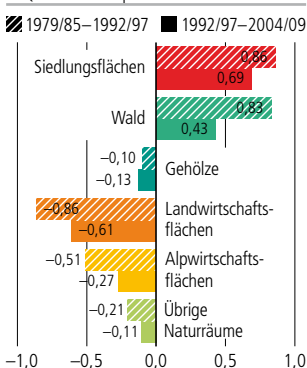
Erhebungsperiode 2004–2009

	km ²	%
Gesamtfläche	41 285	100
Wald und Gehölze	12 931	31,3
Landwirtschaftsflächen	9 678	23,4
Alpwirtschaftsflächen	5 139	12,4
Siedlungsfläche	3 079	7,5
Gewässer	1 769	4,3
Übrige Naturräume	8 690	21,0

Innert 24 Jahren haben die Siedlungsflächen um 23% zugenommen, vorwiegend auf Kosten von Landwirtschaftsflächen. Gemäss jüngsten Zahlen machen die Siedlungen 7,5% der Landesfläche aus, 4,7% des Bodens ist versiegelt.

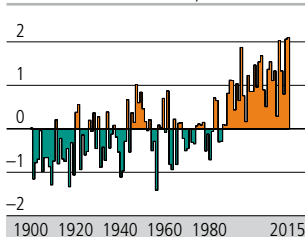
Bodennutzungswandel

in Quadratmeter pro Sekunde



Temperaturabweichung

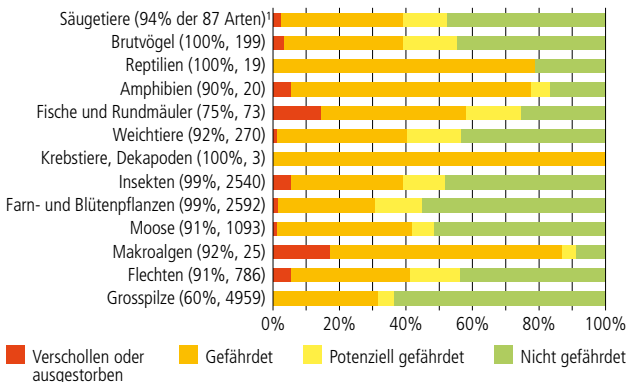
vom Mittelwert 1961–1990, in °C



Die Lufttemperatur schwankt von Jahr zu Jahr und kann von kälteren wie auch wärmeren Perioden gekennzeichnet sein. In der Schweiz wurden 10 der 11 wärmsten Jahre seit Messbeginn 1864 im 21. Jahrhundert registriert und 2015 war das bisher wärmste Jahr.

Gefährdete Tiere und Pflanzen (Rote Listen)

Stand: 1994–2014, je nach Artengruppe

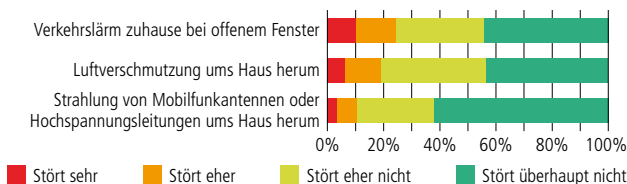


1 Lesebeispiel: Der Gefährdungszustand wurde für 94% der 87 Säugetierarten bewertet. Bei den restlichen Arten ist die Datengrundlage ungenügend.

In der Schweiz sind gegen 46 000 Pflanzen-, Pilz- und Tierarten bekannt. Von den untersuchten Arten befinden sich 36% auf Roten Listen, d.h. sie gelten als gefährdet, verschollen oder ausgestorben.

Wahrnehmung der Umweltbedingungen in der Wohnumgebung, 2015

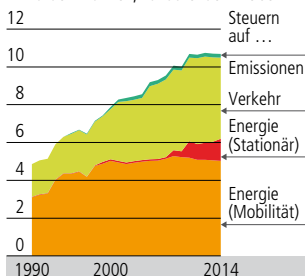
Anteil der Bevölkerung



2015 empfanden 24% der Bevölkerung Verkehrslärm zuhause bei offenem Fenster als sehr oder eher störend. Bezüglich der Luftverschmutzung ums Haus herum waren 19% dieser Meinung und 10% was die Strahlung von Starkstromleitungen oder Mobilfunkantennen betrifft. Diese Wahrnehmungen decken sich in etwa mit denjenigen aus dem Jahr 2011.

Einnahmen aus umweltbezogenen Steuern

Milliarden Franken, zu laufenden Preisen

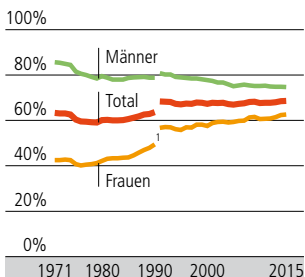


Umweltbezogene Steuern verteuern umweltschädliche Güter und Dienstleistungen und geben den Konsumenten und Produzenten einen Anreiz, die Konsequenzen ihrer Entscheidungen zu berücksichtigen. 2014 machten die Einnahmen aus diesen Steuern 6,1% des Totals der Einnahmen aus Steuern und Sozialabgaben aus.

► www.statistik.admin.ch → Themen → Raum, Umwelt

Erwerbspersonen

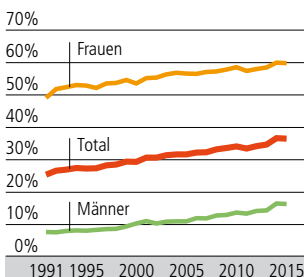
in % der ständigen Wohnbevölkerung (15+)



1 Ab 1991 neue Berechnungsmethode

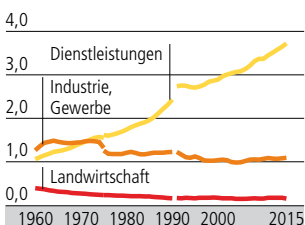
Teilzeiterwerbstätige

in % der Erwerbstätigen



Erwerbstätige¹ nach Wirtschaftssector

in Mio.



1 Ab 1975 bzw. 1991 neue Berechnungsmethode

Erwerbstätige nach Erwerbsstatus¹

Ständige Wohnbevölkerung, in 1000

2. Quartal	2014	2015
Total	4 519	4 590
Selbständige	590	559
Mitarbeitende Familienmitglieder	99	85
Arbeitnehmende	3 620	3 733
Lehrlinge	210	212

1 Soziologische Definition

Erwerbstätige nach Aufenthaltsstatus und Geschlecht

in 1000

2. Quartal	1991	2000	2005	2010	2014	2015
Total	4 101	4 074	4 189	4 553	4 870	4 948
Schweizer/innen	3 050	3 105	3 130	3 301	3 407	3 452
Ausländer/innen	1 051	969	1 058	1 252	1 463	1 496
Niedergelassene	551	588	576	624	715	721
Aufenthalter/innen	177	181	235	341	389	410
Saisoniers ¹	85	25	—	—	—	—
Grenzgänger/innen	183	140	176	228	281	294
Kurzaufenthalter/innen	21	20	53	42	51	46
Übrige Ausländer/innen	34	15	18	17	27	26
Männer	2 408	2 302	2 321	2 510	2 654	2 691
Frauen	1 693	1 772	1 868	2 043	2 215	2 257

1 Saisonarbeiterbewilligungen werden seit dem 1.6.2002 nicht mehr ausgestellt

Deutliche Zunahme der Erwerbsbeteiligung der Frauen

Zwischen 2010 und 2015 hat die Zahl der erwerbstätigen Frauen wesentlich stärker zugenommen als jene der erwerbstätigen Männer (+10,3% auf 2,273 Millionen gegenüber +6,8% auf 2,703 Millionen). Die Teilzeiterwerbstätigkeit nimmt ebenfalls seit vielen Jahren an Bedeutung zu. Im Jahr 2015 arbeiteten 59,8% der Frauen Teilzeit (2010: 58,6%). Bei den Männern waren es 16,4%, doch auch bei ihnen hat die Teilzeiterwerbstätigkeit seit 2010 zugenommen (+2,7 Prozentpunkte). Die Zunahme der Erwerbsbeteiligung der Frauen und der Teilzeiterwerbstätigkeit ist auf die Tertiärisierung der Wirtschaft zurückzuführen: 86,8% der erwerbstätigen Frauen arbeiteten 2015 im tertiären Sektor (Männer: 64,9%) und die Teilzeiterwerbstätigkeit findet hauptsächlich im Dienstleistungssektor statt (9 von 10 Teilzeitstellen).

Ausländische Arbeitskräfte

Ein wichtiger Faktor auf dem schweizerischen Arbeitsmarkt sind die ausländischen Arbeitskräfte. Ihr Anteil übersteigt seit den 1960er Jahren 20% und betrug 2014 29,9%. Besonderes Gewicht haben die Ausländerinnen und Ausländer im Industriesektor (2014: 38,9%; Dienstleistungssektor: 28,0%).

Im Jahr 2014 waren 78,4% der ausländischen Erwerbstätigen Staatsangehörige eines EU- oder EFTA-Landes. Zwei Drittel der ständigen Wohnbevölkerung aus der EU stammen aus Deutschland (25,4%), Italien (21,4%) und Portugal (20,5%).

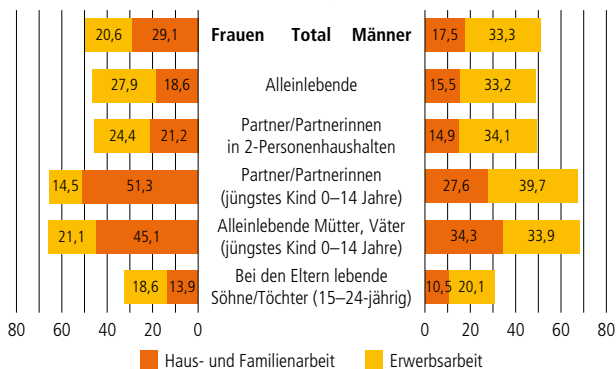
Erwerbslosenquote¹ nach Grossregion und weiteren Merkmalen

2. Quartal	2005	2010	2013	2014	2015
Schweiz	4,4	4,2	4,2	4,4	4,2
Genferseeregion	6,5	5,7	6,5	6,2	6,6
Espace Mittelland	4,0	4,0	3,4	4,1	3,4
Nordwestschweiz	4,1	4,4	3,8	4,1	3,1
Zürich	4,2	3,8	4,0	4,5	4,1
Ostschweiz	3,8	3,6	3,8	2,8	3,7
Zentralschweiz	2,9	3,1	2,1	3,7	3,1
Tessin	6,1	5,4	6,4	6,6	6,2
Männer	3,9	3,8	4,1	4,3	4,0
Frauen	5,1	4,8	4,2	4,5	4,3
Schweizer	3,2	3,2	2,9	3,2	2,8
Ausländer	8,9	7,5	7,9	7,9	8,0
15–24 Jahre	8,8	7,2	7,0	7,7	6,4
25–39 Jahre	4,4	4,8	4,6	4,7	4,6
40–54 Jahre	3,3	3,3	3,4	3,6	3,5
55–64 Jahre	3,7	3,4	3,2	3,7	3,7

1 Erwerbslosenquote gem. ILO

Zeitaufwand für Erwerbsarbeit, Haus- und Familienarbeit, 2013

Nach Familiensituation, Durchschnitt in Stunden pro Woche¹



Beteiligung an Freiwilligenarbeit 2013

in % der ständigen Wohnbevölkerung ab 15 Jahren

	Total	Informell	Institutionalisiert
Total	33,3	18,6	20,0
Männer	31,8	13,8	22,2
Frauen	34,8	23,2	17,9

Monatlicher Bruttolohn¹ nach Grossregionen, privater Sektor 2014

Median, in Franken

	Total	Berufliche Stellung ²			
		a	b	c	d
Schweiz	6 189	9 990	8 019	6 711	5 657
Genferseeregion (VD, VS, GE)	6 118	10 344	8 456	6 655	5 515
Espace Mittelland (BE, FR, SO, NE, JU)	6 112	9 204	7 153	6 697	5 773
Nordwestschweiz (BS, BL, AG)	6 451	10 321	8 429	7 068	5 856
Zürich (ZH)	6 614	12 199	9 397	7 444	5 846
Ostschweiz (GL, SH, AR, AI, SG, GR, TG)	5 813	8 313	7 183	6 097	5 367
Zentralschweiz (LU, UR, SZ, OW, NW, ZG)	6 196	9 425	7 575	6 493	5 684
Tessin (TI)	5 125	7 999	6 129	5 366	4 640

Monatlicher Bruttolohn¹, privater und öffentlicher Sektor 2012

Median, in Franken

	Total	Kompetenzniveau ³			
		a	b	c	d
Wirtschaft insgesamt	6 439	4 857	5 417	6 870	8 806
Privater Sektor	6 118	4 771	5 282	6 730	8 450
Öffentlicher Sektor	7 750	5 402	6 337	7 239	9 276

1 Standardisierter Monatslohn: Vollzeitäquivalent basierend auf 4 1/3 Wochen à 40 Arbeitsstunden

2 Berufliche Stellung

a = Oberstes, oberes und mittleres Kader

b = Unteres Kader

c = Unterstes Kader

d = Ohne Kaderfunktion

3 Kompetenzniveau

a = Einfache Tätigkeiten körperlicher oder handwerklicher Art

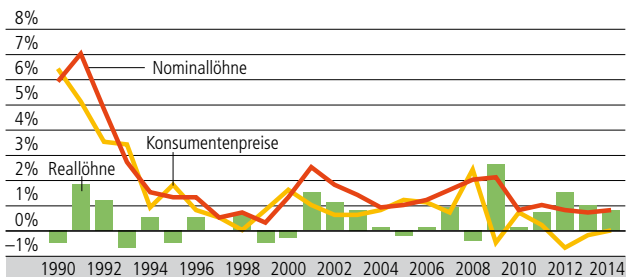
b = Praktische Tätigkeiten wie Verkauf, Pflege, Datenverarbeitung und Administration, Bedienen von Maschinen und elektronischen Geräten, Sicherheitsdienst, Fahrdienst

c = Komplexe praktische Tätigkeiten welche ein grosses Wissen in einem Spezialgebiet voraussetzen

d = Tätigkeiten mit komplexer Problemlösung und Entscheidungsfindung, welche ein grosses Fakten- und theoretisches Wissen in einem Spezialgebiet voraussetzen

Entwicklung der Nominallöhne, der Konsumentenpreise und der Reallöhne

Veränderung gegenüber dem Vorjahr, in %



Entwicklung der Reallöhne

Index 1939 = 100

	1980	1990	2000	2010	2013	2014
Total	254	272	279	298	308	311
Männer	241	257	264	280	289	291
Frauen	279	302	311	336	347	351

Aussenhandel trägt am stärksten zum BIP-Wachstum 2014 bei

Die Schweizer Wirtschaftstätigkeit verzeichnete im Jahr 2014 gemessen am BIP wieder ein kräftiges Wachstum (1,9%), nachdem sie im Jahr 2013 bereits um 1,8% gewachsen war (Veränderungen zu Preisen des Vorjahres).

Mehr als die Hälfte des BIP-Wachstums ist auf den Aussenhandel und insbesondere auf die positiven Ergebnisse der Warenbilanz (ohne Nichtwährungsgold) zurückzuführen. Die Auslandverkäufe der Pharma- sowie der Uhren- und Schmuckindustrie verbuchten eine markante Steigerung. Die Dienstleistungsbilanz verschlechterte sich hingegen aufgrund eines starken Anstiegs der Importe von Dienstleistungen für Unternehmen und von Lizenzgebühren sowie der Tourismusausgaben im Ausland und trug nicht zum Wachstum bei.

Auf der Nachfrageseite verlangsamte sich zudem der Endkonsum (+1,3% gegenüber +2,1% im Jahr 2013), was die Verschlechterung der Konsumentenstimmung widerspiegelt. Die Investitionen registrierten dafür eine deutliche Zunahme (+2,1%), die sie hauptsächlich dem Baugewerbe zu verdanken haben.

Gemäss Produktionsansatz wird das BIP-Wachstum weitgehend von der verarbeitenden Industrie, dem Baugewerbe und den nicht finanziellen Dienstleistungen wie dem Gesundheitsbereich und der Telekommunikation angetrieben. Das Wachstum des Finanzsektors (Banken und Versicherungen) wurde hingegen nach dem starken Anstieg 2013 gebremst.

Das Bruttoinlandprodukt (BIP) und seine Komponenten

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %, zu Preisen des Vorjahres

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013 ^p	2014 ^p
BIP	4,0	4,1	2,3	-2,1	3,0	1,8	1,1	1,8	1,9
Konsumausgaben	1,3	2,0	1,0	1,6	1,4	1,0	2,6	2,1	1,3
Bruttoinvestitionen	5,2	-3,3	7,2	4,5	-4,9	12,1	-10,3	-9,0	5,0
Exporte	6,3	11,4	3,9	-10,0	12,8	4,9	1,1	15,2	-6,9
Importe	3,2	5,8	4,9	-3,8	8,1	9,2	-2,6	13,4	-8,1
BIP in Milliarden Fr, zu laufenden Preisen	538	573	597	587	606	618	624	635	642

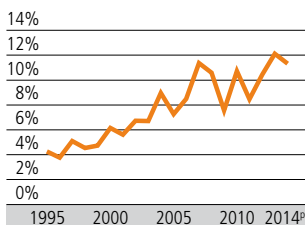
Bedeutung der Beziehungen zur übrigen Welt

Ab 1997 war der Aussenhandel der Wachstumsmotor für das BIP. Zeiträume mit einer kräftigen wirtschaftlichen Expansion fallen denn auch mit einem florierenden Aussenhandel zusammen. Die Exporte haben während der Boomjahre (1997 bis 2000 und 2004 bis 2007) am meisten zum Wachstum des Bruttoinlandprodukts (BIP) beigetragen. Durch die dynamischen Exporte ist der Anteil des Aussenbeitrags (Ausfuhren minus Einfuhren) am BIP gewachsen, was die zunehmende Bedeutung der übrigen Welt für die Schweizer Wirtschaft aufzeigt. Im Jahr 2009 bekam die Schweiz die Abschwächung der Weltwirtschaft deshalb deutlich zu spüren. Diese hatte einen negativen Beitrag des Aussenhandels zur Folge.

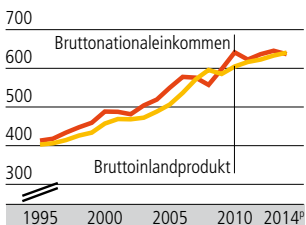
Seit der Finanzkrise von 2008 ist der Beitrag des Aussenhandels zum Wachstum des BIP unsteter geworden. Längerfristig zeigt sich die zunehmende Bedeutung der übrigen Welt auch bei den im Ausland erwirtschafteten Vermögenserträgen: Diese spielen eine immer grössere Rolle für das Bruttonationaleinkommen (BNE), das in der Regel

höher ausfällt als das BIP. Die Jahre 2008 und 2011 heben sich mit einem deutlich weniger dynamischen BNE klar von diesem Trend ab. Verantwortlich dafür waren die Verluste der Niederlassungen von Schweizer Banken im Ausland im Jahr 2008 und die Wechselkurse im Jahr 2011. Im Jahr 2014 ist das BNE nicht nur gesunken (−1,3%), es lag sogar unter dem Niveau des BIP. Dieser Rückgang ist auf den starken Anstieg der ans Ausland geleisteten Vermögenserträge aus den ausländischen Direktinvestitionen in der Schweiz, auf die Einnahmen aus den Portfolioinvestitionen sowie auf die gestiegenen Löhne der Grenzgängerinnen und Grenzgänger zurückzuführen.

Anteil des Aussenbeitrags am BIP
zu laufenden Preisen

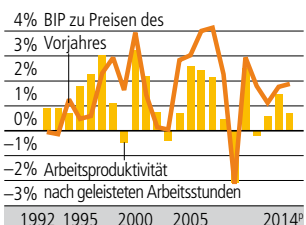


BIP und BNE zu laufenden Preisen
in Milliarden Schweizer Franken



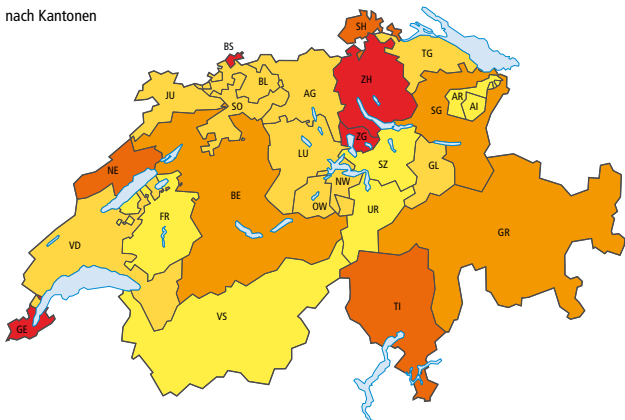
Wenn die anhand des BIP gemessene Wirtschaftstätigkeit bekannt ist, kann auch die Effizienz untersucht werden, mit der die Produktionsfaktoren (Arbeit und Kapital) zum Einsatz kommen. Die Effizienz der Arbeit ergibt sich aus der Arbeitsproduktivität nach geleisteten Arbeitsstunden, d.h. aus der Wertschöpfung, die in einer Arbeitsstunde geschaffen wird.

Jährliche Wachstumsrate



Bruttoinlandprodukt pro Einwohner 2013

nach Kantonen



Bruttoinlandprodukt pro Einwohner zu laufenden Preisen, in Franken

< 60 000
 ≥ 60 000
 ≥ 70 000
 ≥ 80 000
 ≥ 90 000
 CH: 78 480

► www.statistik.admin.ch → Themen → Volkswirtschaft

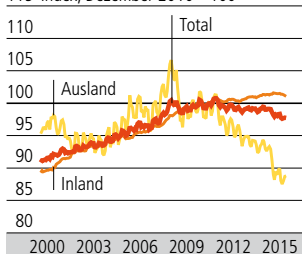
Entwicklung der Konsumentenpreise

Veränderung der Jahresdurchschnitte in %

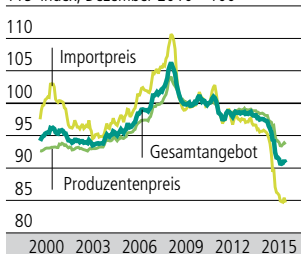
	2011	2012	2013	2014	2015
Total	0,2	-0,7	-0,2	0,0	-1,1
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	-3,3	-1,0	1,2	0,9	-0,8
Alkoholische Getränke und Tabak	1,7	1,1	1,3	1,0	0,0
Bekleidung und Schuhe	1,4	-6,0	-3,7	-1,3	0,3
Wohnen und Energie	2,4	0,8	0,1	1,0	-0,6
Hausrat und laufende Haushaltsführung	-1,3	-1,9	-1,6	-1,0	-2,1
Gesundheitspflege	-0,2	-0,3	-0,9	-0,9	-0,4
Verkehr	1,1	-2,2	-0,9	-1,2	-4,4
Nachrichtenübermittlung	0,1	-0,6	-2,3	-2,3	-0,9
Freizeit und Kultur	-3,3	-2,8	0,0	0,1	-2,0
Erziehung und Unterricht	1,4	1,7	1,7	1,6	1,2
Restaurants und Hotels	1,5	0,7	0,7	0,7	0,0
Sonstige Waren und Dienstleistungen	0,2	0,1	0,6	-0,8	-0,8

Konsumentenpreise nach Herkunft der Güter

115 Index, Dezember 2010 = 100

**Produzenten- und Importpreisindex**

115 Index, Dezember 2010 = 100

**Preisniveauintizes im internationalen Vergleich 2014**

EU-28 = 100

	Schweiz	Deutschland	Frankreich	Italien
Bruttoinlandprodukt	146	104	110	101
Tatsächlicher Individualverbrauch	156	101	107	103
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	155	104	110	110
Alkoholische Getränke und Tabakwaren	118	93	106	97
Bekleidung und Schuhe	123	102	102	105
Wohnungswesen, Wasser, Elektrizität, Gas und andere Brennstoffe	173	105	115	100
Innenausstattung, Ausrüstungsgegenstände und Haushaltsführung	123	98	105	105
Gesundheitspflege	188	101	105	115
Verkehr	113	104	102	99
Nachrichtenübermittlung	122	103	97	119
Freizeit und Kultur	139	105	107	101
Erziehung und Unterricht	239	110	110	94
Gaststätten und Hotels	153	98	109	109
Sonstige Waren und Dienstleistungen	156	97	106	98
Tatsächlicher Kollektivverbrauch	171	119	126	113
Bruttoanlageinvestitionen	136	114	113	89
Maschinen und Geräte	118	99	99	99
Baugewerbe	168	129	123	82
Software	100	103	98	107

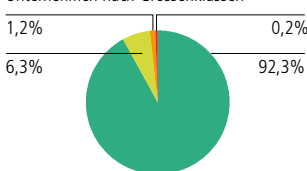
Mehr als 99% der Unternehmen sind KMU

Über 99% aller Unternehmen in der Schweiz sind KMU: kleine und mittlere Unternehmen, d.h. solche mit weniger als 250 Beschäftigten. Der Anteil der Mikrounternehmen (weniger als 10 Beschäftigte) ist 2013 im Dienstleistungssektor grösser als im Sekundärsektor (92,9% gegenüber 82,5%). Entsprechend unterschiedlich ist auch die durchschnittliche Unternehmensgrösse (Dienstleistungssektor: 9 Beschäftigte; Sekundärsektor: 12 Beschäftigte). Insgesamt sind von den Beschäftigten etwa zwei Drittel in KMU tätig, etwa ein Drittel in grossen Unternehmen (ab 250 Beschäftigte). Etwas mehr als ein Viertel der Arbeitsplätze (28%) entfällt auf Mikrounternehmen, rund ein Fünftel (19%) auf Unternehmen mit 10 bis 49 Beschäftigten.

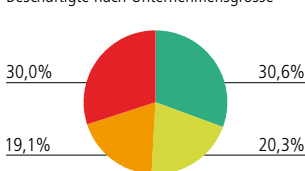
2013 betrug bei den marktwirtschaftlichen Unternehmen der Anteil des Tertiärsektors an der Gesamtbeschäftigung 70,8%. Insgesamt gab es in marktwirtschaftlichen Unternehmen rund 160 000 Beschäftigte im primären, 1 098 000 im sekundären und 3 045 000 im tertiären Sektor. Am meisten Beschäftigte entfallen bei den marktwirtschaftlichen Unternehmen auf das Gesundheitswesen und den Detailhandel (rund 359 000, resp. 352 000 Beschäftigte).

Unternehmensgrösse¹ 2013

Unternehmen nach Grössenklassen



Beschäftigte nach Unternehmensgrösse



0–9

10–49

50–249

250+

¹ Nur marktwirtschaftliche Unternehmen. Die Grösse der Unternehmen bemisst sich nach der Zahl der Vollzeitäquivalente (Teilzeit- auf Vollzeitstellen umgerechnet).

Marktwirtschaftliche Unternehmen, Beschäftigte nach Branchen

gemäss NOGA 2008, in 1000	2013	
	Unternehmen	Beschäftigte
Total	563,2	4 303,3
Sektor 1	55,3	159,9
Sektor 2	90,0	1 098,4
davon:		
Herstellung von Nahrungsmitteln und Tabakerzeugnissen	3,3	86,4
Herstellung von Textilien und Bekleidung	2,5	14,2
Herstellung von Holzwaren, Papier und Druckerzeugnissen	10,2	73,5
Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen	0,3	42,7
Herstellung von Metallerzeugnissen	7,8	87,9
Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten und Uhren	2,2	113,4
Herstellung von elektrischen Ausrüstungen	0,9	37,0
Energieversorgung	0,7	30,0
Hoch- und Tiefbau	8,2	110,3
Sektor 3	417,9	3 045,0
davon:		
Grosshandel	24,3	234,6
Detailhandel	37,1	352,0
Beherbergung	5,6	77,0
Gastronomie	23,2	161,4
Erbringung von Dienstleistungen der Informationstechnologie	15,1	84,3
Erbringung von Finanzdienstleistungen	6,3	198,1
Architektur- und Ingenieurbüros	24,0	118,3
Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	3,7	22,0
Gesundheits- und Sozialwesen	51,6	358,6

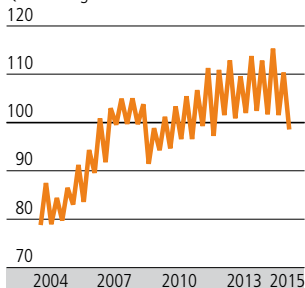
Neugründungen von Unternehmen 2013

Wirtschaftsabteilungen (NOGA 2008)	Neue Unternehmen	Geschaffene Stellen	Geschaffene Vollzeitstellen	Geschaffene Teilzeitstellen
Total	12 440	22 281	13 829	8 452
Sektor 2	2 156	4 712	3 611	1 101
Industrie und Energie	663	1 188	825	363
Baugewerbe	1 493	3 524	2 786	738
Sektor 3	10 284	17 569	10 218	7 351
Handel und Reparaturen	2 281	3 691	2 123	1 568
Verkehr und Lagerei	342	581	376	205
Gastgewerbe, Beherbergung	273	786	381	405
Information und Kommunikation	951	1 668	1 120	548
Finanz- und Versicherungs- dienstleistungen	659	1 200	855	345
Immobilienwesen, wirtschaftliche Dienstleistungen	1 212	2 097	1 102	995
Freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen	3 200	4 877	3 044	1 833
Unterrichtswesen	238	342	140	202
Gesundheits- und Sozialwesen	500	1 267	559	708
Kunst, Unterhaltung und Erholung	237	428	203	225
Sonstige Dienstleistungen	391	632	315	317

Produktion im sekundären Sektor

Index: Jahresdurchschnitt 2010=100

Quartalsergebnisse



Insgesamt ist die Produktion im sekundären Sektor (ohne Baugewerbe) zwischen 2004 und 2014 um 31% gewachsen. Die Entwicklung ist stark konjunkturabhängig. In den Jahren 2005 bis 2007 stieg die Produktion mit der guten Konjunkturlage deutlich an. In Folge der globalen Finanzkrise brach sie Ende 2008 ein. Doch die Lage begann sich 2010 zu verbessern. Die Schweizer Produktion erreichte 2010 erneut den Indexstand von 2007.

Detailhandelsumsätze

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

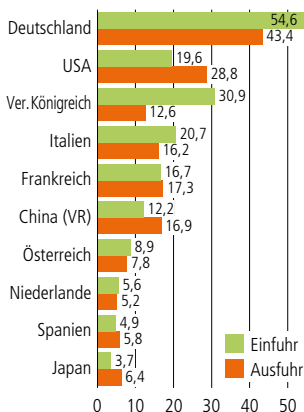
		2010	2011	2012	2013	2014
Total	nominal	1,9	-1,2	1,0	0,4	0,1
	real	3,2	1,2	3,4	1,6	1,0
davon:						
Nahrungsmittel, Getränke,	nominal	2,3	-0,5	1,7	2,3	1,8
Tabak und Raucherwaren	real	3,1	2,1	2,4	1,1	0,9
Bekleidung, Schuhe	nominal	2,0	-4,0	-2,3	-2,0	-1,1
	real	0,9	-5,6	4,0	1,9	0,2
Treibstoffe	nominal	2,2	4,7	6,9	1,9	-5,7
	real	-5,7	-1,4	2,5	4,2	-2,6
Total ohne Treibstoffe	nominal	1,9	-1,6	0,7	0,3	0,4
	real	2,9	0,6	3,2	1,3	1,0

Arbeitskosten

Die Arbeitskosten entsprechen den von den Unternehmen für den Produktionsfaktor Arbeit aufgewendeten Kosten. Sie machen im Allgemeinen einen grossen Anteil der Produktionskosten für Güter und Dienstleistungen aus. Die Arbeitskosten setzen sich aus Bruttolöhnen und Gehältern (79,1%), Sozialbeiträgen der Arbeitgeber (17,6%) und weiteren, insbesondere mit der beruflichen Bildung und Personalrekrutierung verbundenen Kosten (3,3%) zusammen. 2012 lagen die durchschnittlichen Kosten pro Arbeitsstunde für die Unternehmen im sekundären und tertiären Sektor gesamthaft bei 61.30 Franken. Die Arbeitskosten sind einer der wichtigsten Indikatoren zur Einschätzung der Attraktivität der verschiedenen nationalen Wirtschaftsstandorte und können je nach Land stark variieren. Die durchschnittlichen stündlichen Arbeitskosten erreichten in der Schweiz im Jahr 2012 aufgrund der Frankenstärke (Eurokurs 2012: 1.21 Franken) in Unternehmen mit zehn oder mehr Beschäftigten einen Wert von 51.25 Euro. In den Nachbarländern Österreich, Deutschland und Frankreich kostete eine Arbeitsstunde 29.75 Euro, 30.50 Euro bzw. 34.25 Euro.

Aussenhandel: die wichtigsten Partner 2014

in Milliarden Franken



Die Schweiz gehört zu den Ländern mit den höchsten Anteilen des Aussenhandels am Bruttoinlandprodukt. Die wichtigsten Handelspartner der Schweiz sind 2014 die Industrieländer, mit denen 59,9% der Wareneinfuhren und 76,3% der Wareneinfuhren getätigt wurden. Von besonderem Gewicht ist dabei die EU (45,0% der Ausfuhr, 66,1% der Einfuhr).

Aussenhandel: die wichtigsten Güter

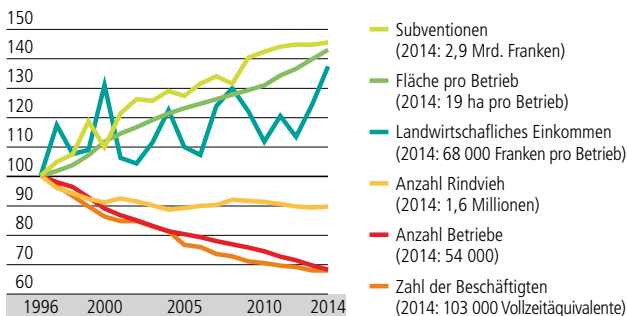
in Millionen Franken

	Einfuhr			Ausfuhr		
	1990	2013	2014	1990	2013	2014
Total	96 611	298 394	252 505	88 257	332 137	285 179
davon:						
Land- und forstwirtschaftliche Produkte	8 095	14 055	14 062	2 998	9 201	9 415
Textilien, Bekleidung, Schuhe	8 806	8 904	9 247	4 984	3 097	3 173
Chemikalien	10 625	41 849	42 945	18 422	80 934	85 323
Metalle	9 025	14 119	14 395	7 537	12 082	12 481
Maschinen, Elektronik	19 794	30 237	30 347	25 527	33 305	33 341
Fahrzeuge	10 230	15 854	16 151	1 485	5 252	5 682
Instrumente, Uhren	5 786	19 149	20 072	13 330	45 315	47 076

Die Landwirtschaftsflächen und die Flächen mit Wald und Gehölzen machen 36% respektive 31% der Schweizer Landesfläche aus. Die Landschaft wird also stark von der Land- und Forstwirtschaft geprägt. Zusätzlich zur Produktion von Nahrungsmitteln, Baumaterialien oder erneuerbarer Energie tragen diese beiden Branchen ebenfalls zur Erhaltung der dezentralisierten wirtschaftlichen Tätigkeit, der landwirtschaftlichen Vielfalt und der Biodiversität bei. 2014 betrug der Anteil der beiden Branchen an der Bruttowertschöpfung der Schweizer Wirtschaft 0,8%.

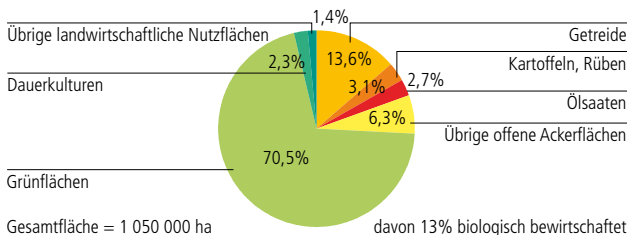
Einige Schlüsselindikatoren der Landwirtschaft

Index 1996=100



Nutzung der landwirtschaftlichen Nutzfläche 2014

ohne Sömmerungsweiden



Produktionswert¹

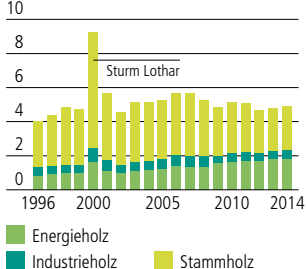
der Landwirtschaft 2015

	in %
Pflanzliche Erzeugung	40,6
Getreide	3,7
Futterpflanzen	8,5
Erzeugnisse des Gemüse- und Gartenbaus	13,9
Obst und Weintrauben	5,4
Wein	4,4
Sonstige pflanzliche Erzeugnisse	4,7
Tiere und tierische Erzeugnisse	48,0
Rinder	13,9
Schweine	8,2
Milch	19,8
Sonstige Tiere und tierische Erzeug.	6,1
Landwirtschaftliche Dienstleistungen	7,0
Nichtlandwirtschaftliche Nebentätigkeiten	4,4

¹ Gesamtwert = 10,1 Milliarden Franken

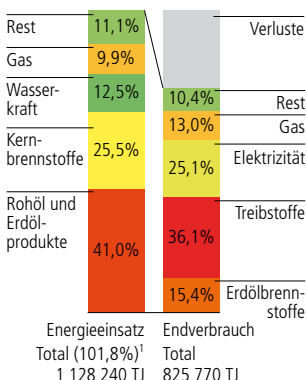
Holzernte

in Millionen m³



► www.statistik.admin.ch → Themen → Land- und Forstwirtschaft

Energieeinsatz und Endverbrauch 2014

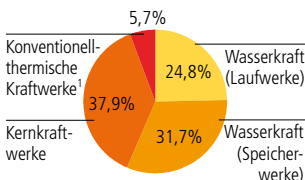


¹ Inkl. Ausfuhrüberschuss an Elektrizität (1,8%)

Wachsender Verbrauch

Der Endenergieverbrauch ist eng gekoppelt an Entwicklungen in Wirtschaft und Bevölkerung. Zunehmende Einwohnerzahlen, grössere Wohnungen, wachsende Produktion, steigender Konsum, schwerere Motorfahrzeuge usw. führen zu einem Mehrverbrauch an Energie – sofern dieser nicht durch eine verbesserte Energieeffizienz kompensiert wird. 2014 war der Verkehr mit knapp 38% des Endenergieverbrauchs die grösste Verbrauchergruppe. 65% des Endverbrauchs wurde mit fossilen Energieträgern gedeckt und 21,4% stammte aus erneuerbaren Energien, vorwiegend aus Wasserkraft.

Elektrizitätsproduktion 2014 nach Kraftwerkategorie



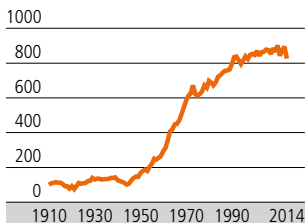
Total: 69,6 Mrd. kWh

¹ Inkl. Fernheizkraftwerke und diverse erneuerbare Energien

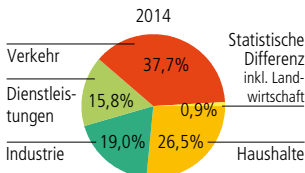
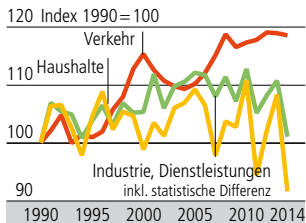
Erneuerbare Energien 2014

Anteil am Endverbrauch	in %
Total	21,42
Wasserkraftnutzung	12,97
Sonnenenergienutzung	0,61
Umweltwärmenutzung	1,53
Biomassenutzung (Holz und Biogas)	4,50
Windenergienutzung	0,04
Nutzung erneuerbarer Anteile aus Abfall	1,37
Energienutzung aus Abwasserreinigungsanlagen	0,22
Nutzung biogener Treibstoffe	0,19

Endenergieverbrauch in 1000 TJ



Endenergieverbrauch nach Verbrauchergruppen



► www.statistik.admin.ch → Themen → Energie

► www.bfe.admin.ch (Bundesamt für Energie) → Themen → Energiestatistiken

Bauausgaben

in Millionen Franken, zu Preisen von 2000

	1980	1990	2000	2010	2013
Total	34 198	47 588	43 708	49 240	53 416
Öffentliche Ausgaben	11 389	14 507	15 983	15 958	17 233
Tiefbau	6 791	7 740	10 060	9 649	10 309
davon Strassen	...	...	5 221	4 739	4 432
Hochbau	4 599	6 767	5 923	6 309	6 924
Übrige Ausgaben	22 809	33 081	27 725	33 281	36 183
davon Wohnen	...	...	17 147	22 995	24 842

Wohnungsbau

	1980	1990	2000	2010	2013
Neu erstellte Gebäude mit Wohnungen	20 806	16 162	16 962	14 736	14 176
davon Einfamilienhäuser	16 963	11 200	13 768	9 387	8 567
Neu erstellte Wohnungen mit...	40 876	39 984	32 214	43 632	50 166
1 Zimmer	2 122	2 010	528	725	1 588
2 Zimmern	4 598	5 248	1 779	3 913	7 066
3 Zimmern	7 094	8 937	4 630	10 608	13 721
4 Zimmern	11 557	12 487	10 783	15 438	16 341
5 Zimmern oder mehr	15 505	11 302	14 494	12 948	11 450

Wohnungsbestand

	1980	1990	2000	2010	2014
Bestand Ende Jahr	2 702 656	3 140 353	3 574 988	4 079 060 ²	4 289 428
davon leer stehend in %	0,74	0,55 ¹	1,26 ¹	0,94 ¹	1,19 ¹

1 Am 1. Juni des Folgejahres

2 Ab dem Jahr 2009 resultiert der Wohnungsbestand aus der Gebäude- und Wohnungsstatistik (GWS)

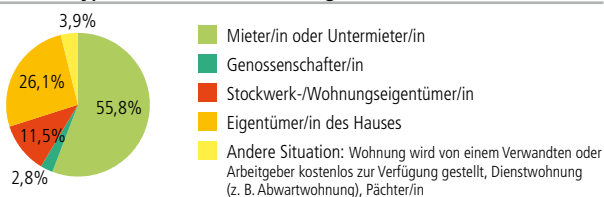
Trend zu Einfamilienhäusern

Der Anteil der Einfamilienhäuser am gesamten Gebäudebestand nahm zwischen 1970 und 2014 von 40% auf 57% zu. Von den neu erstellten Gebäuden mit Wohnungen sind 2013 60% Einfamilienhäuser.

Stetige Zunahme der Wohneigentumsquote seit 1970

Ende 2013 lebten in der Schweiz 37,5% der Haushalte in ihrer eigenen Wohnung. Dies entspricht 1 325 707 Haushalten. Seit 1970 ist die Wohneigentumsquote stetig angestiegen (1970: 28,5%; 1980: 30,1%; 1990: 31,3%; 2000: 34,6%). Die Anzahl Wohnungen im Stockwerkeigentum hat am stärksten zugenommen. Deren Zahl ist zwischen 2000 und 2013 von 237 700 auf 404 876 angestiegen (+70%). Die Haushalte, denen das Haus gehört, in dem sich ihre Wohnung befindet, machen jedoch nach wie vor die Mehrheit der Eigentumswohnungen aus (2000: 809 700; 2013: 920 831).

Bewohnertyp der bewohnten Wohnungen 2013

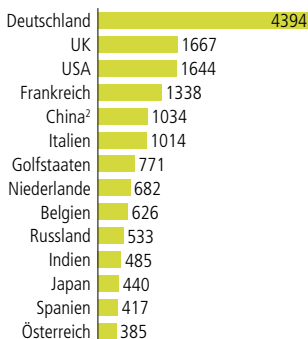


Wichtige Indikatoren des Tourismus

	2012	2013	2014
Angebot (Betten)¹			
Hotels und Kurbetriebe	271 168	271 298	272 636
Nachfrage: Ankünfte in 1000			
Hotels und Kurbetriebe	16 298	16 831	17 162
Campingplätze	917	891	836
Jugendherbergen	459	480	485
Nachfrage: Logiernächte in 1000			
Hotels und Kurbetriebe	34 766	35 624	35 934
Ausländische Gäste in %	55	55	55
Campingplätze	2 964	2 864	2 673
Ausländische Gäste in %	41	41	39
Jugendherbergen	917	947	951
Ausländische Gäste in %	41	42	42
Aufenthaltsdauer Nächte			
Hotels und Kurbetriebe	2,1	2,1	2,1
Campingplätze	3,2	3,2	3,2
Jugendherbergen	2,0	2,0	2,0
Bruttoauslastung der Hotels und Kurbetriebe			
in % der vorhandenen Betten ¹	35,0	36,0	36,1
Fremdenverkehrsbilanz in Millionen Franken			
Einnahmen von ausländischen Gästen in der Schweiz	15 100	15 552	15 976 ^P
Ausgaben von Schweizern im Ausland	14 256	14 970	15 681 ^P
Saldo	843	582	295 ^P

¹ Gesamtzahl der in geöffneten und vorübergehend geschlossenen Betrieben vorhandenen Betten im Jahresdurchschnitt

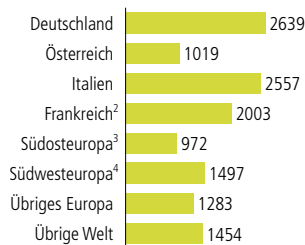
Logiernächte ausländischer Gäste in der Schweiz¹ 2014



¹ in 1000, ohne Parahotellerie

² ohne Hongkong

Ausländische Reiseziele der Schweizer¹ 2014



¹ Ständige Wohnbevölkerung, Reisen ins Ausland mit Übernachtungen, in 1000; Total: 13,4 Mio.

² Inkl. Übersee-Departemente, Monaco

³ Griechenland, Türkei, Kroatien, Bosnien-Herzegowina, Serbien, Albanien, Slowenien, Montenegro, Kosovo, Rumänien, Bulgarien, Mazedonien

⁴ Spanien, Portugal, Andorra, Gibraltar

Reiseverhalten

87,5% der in der Schweiz lebenden Personen ab 6 Jahren unternahmen im Jahr 2014 mindestens eine private Reise mit Übernachtungen. Im Durchschnitt unternahm jede Person 2,9 Reisen mit Übernachtungen und 10,3 Tagesreisen. Mehr als die Hälfte (56%) der Reisen mit Übernachtungen waren lange Reisen (4 und mehr Übernachtungen). Auslandsreisen machten 63% der Reisen mit Übernachtungen und 10% der Tagesreisen aus.

► www.statistik.admin.ch → Themen → Tourismus

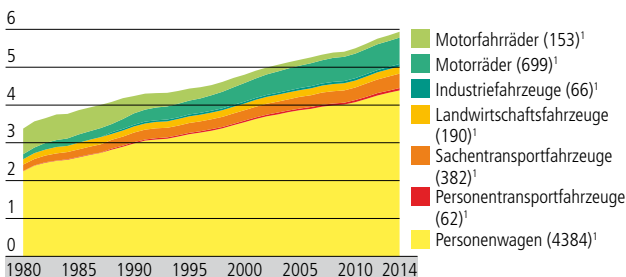
Infrastruktur

Knapp ein Drittel der Siedlungsflächen entfällt auf den Verkehr (gemäss Arealstatistik 2004/09).

Im Jahr 2014 betrug die Streckenlänge der Nationalstrassen 1823 km (davon 1429 km Autobahnen), die der Kantonsstrassen 17 933 km und jene der Gemeindestrassen (Stand 1984) 51 797 km. Das Schienennetz erstreckte sich 2010 über 5124 km.

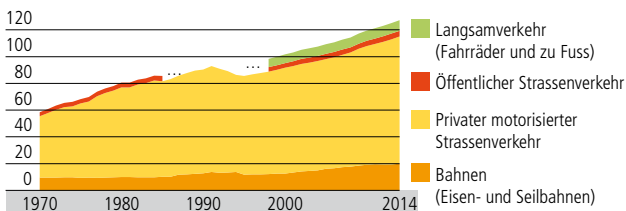
Bestand der Strassenmotorfahrzeuge

in Millionen



Leistungen im Personenverkehr

in Mrd. Personen-km/Jahr



Tagesmobilität 2010

Durchschnitt pro Person und Tag¹

	Tagesdistanz in km	Unter- wegszeit in Min. ²		Tagesdistanz in km	Unter- wegszeit in Min. ²
Total	36,7	83,4	Verkehrsmittel		
Verkehrszweck			Zu Fuss	2,0	31,4
Arbeit und Ausbildung	10,9	20,5	Fahrrad (Velo)	0,8	3,8
Einkauf	4,7	11,8	Motorfahrrad (Mofa)	0,0	0,2
Service- und Begleitung	1,8	3,1	Motorrad	0,5	0,9
Geschäftliche Tätigkeit,	2,5	3,9	Auto	23,8	33,2
Dienstfahrt			Bus/Tram	1,4	4,8
Freizeit	14,7	40,5	Postauto	0,1	0,3
Andere	2,1	3,6	Bahn	7,1	6,4
			Andere	0,9	2,4

1 Tagesmobilität der ständigen Wohnbevölkerung im Alter von 6 Jahren und mehr in der Schweiz

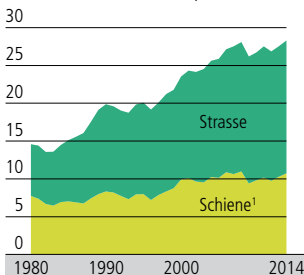
2 Ohne Warte- und Umsteigezeiten

Pendlerverkehr

Etwa 9 von 10 Erwerbstätigen in der Schweiz waren 2013 Pendlerinnen bzw. Pendler, d.h. Personen, die zum Aufsuchen des Arbeitsplatzes ihr Wohngebäude verlassen. Hiervon arbeiteten 70% ausserhalb ihrer Wohngemeinde und 20% gar ausserhalb ihres Wohnkantons.

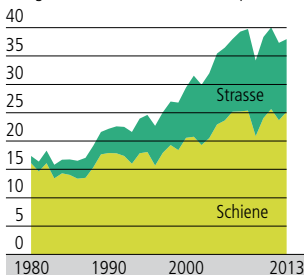
Güterverkehr

Gesamter Verkehr, Verkehrsleistungen in Milliarden Tonnenkilometer pro Jahr



1 Nettotonnenkilometer ohne Gewicht der Sachtransportfahrzeuge (inkl. Anhänger), Container und Wechselbehälter im kombinierten Verkehr

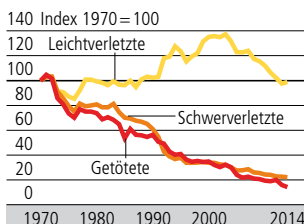
Alpenquerender Verkehr, Verkehrsmengen in Millionen Nettotonnen pro Jahr



Verunfallte im Verkehr nach Verkehrsträgern 2014

Strassenverkehr	
Getötete	243
Schwerverletzte	4 043
Leichtverletzte	17 478
Eisenbahnverkehr	
Getötete	28
Luftverkehr (zivil)	
Getötete	2

Verunfallte im Strassenverkehr



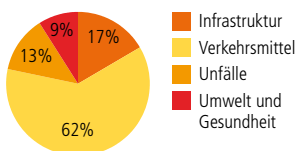
Kosten und Finanzierung des Verkehrs

Der Strassen-, Schienen- und Luftverkehr verursachte in der Schweiz 2010 Gesamtkosten von 94,3 Milliarden Franken. Darin inbegriffen sind neben den Ausgaben für Verkehrsmittel und -infrastrukturen auch die Kosten der Unfälle sowie der verkehrsbedingten Umwelt- und Gesundheitsschäden.

Kosten und Finanzierung des Verkehrs 2010

	Mrd. Fr.	%
Kosten Total	94,3	100
Personenverkehr	73,5	78
Motorisierter Strassenverkehr	53,6	57
Langsamverkehr (zu Fuss, Velo)	6,0	6
Schienenverkehr	8,3	9
Luftverkehr	5,7	6
Güterverkehr	20,8	22
Strassenverkehr	18,1	19
Schienenverkehr	2,0	2
Luftverkehr	0,7	1
Finanzierung		
Anteil Verkehrsnutzende	79,9	85
Anteil öffentliche Hand	6,9	7
Anteil Allgemeinheit	7,3	8

Gesamtkosten des Verkehrs nach Kostenkategorien 2010



Total: 94,3 Milliarden Franken



	Jahr	Schweiz	Deutschland	Griechenland
Einwohner in 1000	2014 ⁴	8 140	80 767	10 927
Einwohner pro km ²	2013 ⁴	202	230	84
Anteil Personen unter 20 in %	2014 ⁴	20,3	18,1	19,6
Anteil Personen über 64 in %	2014 ⁴	17,6	20,8	20,5
Ausländeranteil (in % der Bevölkerung)	2014 ⁴	23,8	8,7	7,8
Lebendgeburten pro 1000 Einwohner	2013	10,3	8,3	8,6
Nichteheliche Geburten in %	2013	21,1	34,8	7,0
Lebenserwartung bei Geburt Frauen in Jahren	2013	85,0	83,2	84,0
Lebenserwartung bei Geburt Männer in Jahren	2013	80,7	78,6	78,7
Gesamtfläche in km ²	2009 ⁵	41 285	357 113	120 168
Landwirtschaftsfläche in % der Gesamtfläche	2009 ⁵	36,9	51,7	35,4
Waldfläche in % der Gesamtfläche	2009 ⁵	30,8	33,9	33,4
Treibhausgasemissionen in CO ₂ -Äquivalenten (t pro Einwohner)	2013 ⁵	6,5	11,6	9,6
Erwerbstätigenquote	2014	79,8	73,8	49,4
Erwerbstätigenquote Frauen	2014	75,1	69,5	41,1
Erwerbstätigenquote Männer	2014	84,4	78,1	58,0
Erwerbslosenquote gemäss ILO (15–74)	2014	4,5	5,0	26,5
Frauen	2014	4,7	4,6	30,2
Männer	2014	4,4	5,3	23,7
15–24 Jahre	2014	8,6	7,7	52,4
Langzeiterwerbslosigkeit gemäss ILO (15–74) in %	2014	35,2	44,3	73,5
Bruttoinlandprodukt (BIP) pro Einwohner, in Kaufkraftstandards (KKS)	2013	40 600	32 000	...
Harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI)	2014	–	1	–1
Bruttoenergieverbrauch, TRÖE ¹ pro Einwohner	2013 ⁵	3,4	4,0	2,2
Anteil erneuerbarer Energien am Bruttoenergieverbrauch in %	2013 ⁵	19,0	10,3	10,7
Betten in Hotels und Kurbetrieben pro 1000 Einwohner	2014	33,5	21,8	73,2
Personenwagen pro 1000 Einwohner	2013 ⁵	531,0	538,0	...
Strassenverkehrsunfälle: Getötete pro 1 Mio. Einwohner	2009 ⁵	46	54	139
Ausgaben für Soziale Sicherheit in % des BIP	2013	25,5	28,6	...
Kosten des Gesundheitswesens in % des BIP	2012	11,4	10,9	9,2
Säuglingssterblichkeit ²	2013	3,9	3,3	3,7
Jugendliche (18–24) ohne nachobligatorische Ausbildung in %	2014	28,7	35,6	16,2
Personen (25–64) mit höchstem Bildungsabschluss auf Tertiärstufe in %	2014	40,2	27,1	28,1
Ausgaben für die Bildung in % des BIP	2011	5,3	5,0	...
Armutsgefährdungsquote ³	2014	...	9,9	13,2
Median des verfügbaren Äquivalenzeinkommens, in Kaufkraftstandards (KKS)	2014	...	19 299	8 610
Wohnkosten in % des verfügbaren Haushaltseinkommens	2014	...	27,3	42,5

1 Tonnen Rohöläquivalenten

2 Im ersten Lebensjahr gestorbenen Kinder je 1000 Lebendgeburten

3 In % aller Erwerbstätigen

4 Am 1. Januar

5 Am 31. Dezember

6 EU-28

							
Spanien	Frankreich	Italien	Niederlande	Österreich	Schweden	Ver. Königr.	EU-27
46 512	65 836	60 783	16 829	8 507	9 645	64 308	502 601
93	104	199	498	103	24	264	117
19,8	24,6	18,6	22,9	19,9	22,7	23,6	21,0
18,1	18,0	21,4	17,3	18,3	19,4	17,5	18,5
10,1	6,3	8,1	4,4	12,4	7,1	7,8	...
9,1	12,4	8,6	10,2	9,4	11,9	12,2	10,0
40,9	...	26,9	47,4	...	54,4	...	...
86,1	85,6	85,2	83,2	83,8	83,8	82,9	83,3
80,2	79,0	80,3	79,5	78,6	80,2	79,2	77,8
493 501	548 763	301 392	37 357	83 920	449 159	244 436	...
52,9	54,2	51,4	55,0	38,2	8,1	65,1	...
31,9	31,7	33,2	11,9	47,0	66,0	14,8	...
6,9	7,5	7,3	11,7	9,4	5,8	9,0	8,8 ⁶
56,0	64,3	55,7	73,1	71,1	74,9	71,9	64,9
51,2	60,9	46,8	68,1	66,9	73,1	67,1	59,7
60,7	67,7	64,7	78,1	75,2	76,5	76,8	70,2
24,5	10,3	12,7	7,4	5,6	7,9	6,1	10,2
25,4	10,0	13,8	7,8	5,4	7,7	5,8	10,3
23,6	10,5	11,9	7,2	5,9	8,2	6,4	10,1
53,2	24,2	42,7	12,7	10,3	22,9	16,9	22,0
52,8	42,8	61,4	40,0	27,2	18,9	35,8	49,4
24 500	27 800	25 200	32 600	33 200	32 700	27 200	25 800
-0	1	0	0	2	0	2	1
2,6	3,9	2,6	4,8	4,0	5,1	3,1	3,3 ⁶
14,7	9,0	16,5	4,2	29,6	34,8	5,0	11,8 ⁶
40,3	19,4	36,9	15,0	70,4	24,8	...	26,9
474,0	490,0	608,0	471,0	546,0	...	442,0	...
68	67	79	41	81	43	43	78
25,4	32,6	29,5	31,6	29,8	30,5	29,9	...
9,2	11,2	...	11,8	10,4	9,1	...	...
2,7	3,6	2,9	3,8	3,1	2,7	3,8	...
39,3	17,1	32,1	30,5	18,4	26,5	16,3	27,0
34,7	33,2	16,9	34,4	29,9	38,7	40,5	29,3
4,8	5,7	4,3	5,9	5,8	6,8	6,0	5,3
12,6	8,0	11,1	5,3	7,2	7,8	8,7	9,6
14 195	19 307	15 274	18 805	21 662	20 614	16 933	...
19,1	18,3	17,1	29,4	18,3	22,0	25,1	22,6

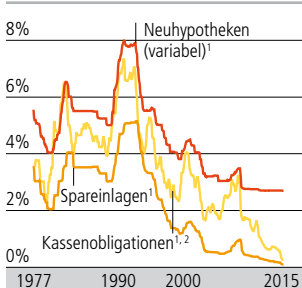
Bilanzsummen und Gewinne der Banken 2014

Bankengruppen	Anzahl Institute		Bilanzsumme		Jahresgewinn	Jahresverlust
	1990	2014	in Mio. Fr.	Veränd. ¹	in Mio. Fr.	in Mio. Fr.
Total	625	275	3 041 719	6,8	14 180	6 813
Kantonalbanken	29	24	522 628	5,5	2 298	–
Grossbanken	4	2	1 460 240	10,4	7 849	3 092
Regionalbanken und Sparkassen	204	63	108 954	2,4	391	–
Raiffeisenbanken	2	1	185 703	7,0	743	–
Übrige Banken	218	151	697 540	14,9	2 634	3 691
Filialen ausländischer Banken	16	27	59 248	–24,7	210	29
Privatbankiers	22	7	7 407	–88,7	55	–

1 Veränderung gegenüber Vorjahr in %

Bilanzstruktur der Banken 2014

Aktiven	in %
Total	100
davon Ausland	48,1
Flüssige Mittel	14,0
Forderungen aus Geldmarktpapieren	1,0
Forderungen gegenüber Banken	14,7
Forderungen gegenüber Kunden	21,5
Hypothekarforderungen	30,2
Handelsbestände in Wertschriften	5,1
Finanzanlagen	6,5
Beteiligungen	2,5
Sachanlagen	0,8
Übrige	3,7
Passiven	
Total	100
davon Ausland	48,1
Verpflichtungen aus Geldmarktpapieren	3,7
Verpflichtungen gegenüber Banken	13,8
Verpflichtungen gegenüber Kunden	71,1
in Spar- und Anlageform	21,0
Übrige Verpflichtungen auf Sicht	28,7
Übrige Verpflichtungen auf Zeit	8,4
Kassenobligationen	0,8
Anleihen und Pfandbriefdarlehen	12,1
Eigene Mittel	5,6
Übrige	5,7

Zinssätze

1 Bis 2007 Mittelwert aller Kantonalbanken, ab 2008 Mittelwert von 60 Instituten (inkl. aller Kantonalbanken)

2 Bis 2007 für 3–8 Jahre Laufzeit, ab 2008 für 5 Jahre Laufzeit

Devisenkurse in der Schweiz¹

	2010	2012	2014
\$ 1	1,042	0,938	0,915
¥ 100	1,188	1,176	0,865
€ 1	1,381	1,205	1,215
£ 1	1,609	1,486	1,507

1 Ankaufskurs der Banken, Jahresmittel

Privatversicherungen 2014

in Millionen Franken

Versicherungszweig	Einnahmen ¹	Ausgaben ¹
Total	122 374	81 936
Leben	34 831	29 546
Unfall und Schaden	49 422	30 745
Rückversicherung	38 120	21 644

1 Im In- und Ausland

► www.statistik.admin.ch → Themen → Banken, Versicherungen► www.snb.ch (Schweizerische Nationalbank)► www.finma.ch (Eidgenössische Finanzmarktaufsicht) → Privatversicherungen

Die drei Ebenen des Systems der sozialen Sicherheit

Das System der sozialen Sicherheit der Schweiz lässt sich dreistufig darstellen:

- Zur ersten Stufe gehört neben der individuellen Sicherung des Lebensunterhalts die Grundversorgung. Sie ist allen zugänglich und umfasst das Bildungs- und Rechtssystem sowie die öffentliche Sicherheit.
- Die zweite Stufe umfasst alle Sozialversicherungen und soll Risiken im Zusammenhang mit Alter, Krankheit, Invalidität, Arbeitslosigkeit und Mutterschaft vorbeugen.
- Die dritte Stufe schliesslich umfasst alle bedarfsabhängigen Sozialleistungen. Diese sind das letzte Glied im System der sozialen Sicherheit. Sie werden erst dann eingesetzt, wenn andere Leistungen z.B. der Sozialversicherungen nicht verfügbar oder ausgeschöpft sind. Ausserdem setzen sie eine Bedarfssituation der Bezügerinnen und Bezüger voraus: Sie werden nur an Personen in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen entrichtet.

Der Sozialhilfe vorgelagert, auf Stufe 3 gibt es eine Reihe von weiteren bedarfsabhängigen Sozialleistungen, welche die Abhängigkeit von der Sozialhilfe vermeiden soll. Diese lassen sich unterteilen in Leistungen, welche die Sicherstellung der Grundversorgung garantieren (z.B. Stipendien oder unentgeltliche Rechtshilfe) und in Leistungen zur Ergänzung ungenügender oder erschöpfter Sozialversicherungsleistungen bzw. mangelnder privater Sicherung.

Gesamtausgaben für die Soziale Sicherheit

2013 betrugen die Gesamtausgaben der sozialen Sicherheit 171 Milliarden Franken. Davon entfielen 154 Milliarden auf die eigentlichen Sozialleistungen. Diese gehen zu rund vier Fünfteln auf das Konto der Sozialversicherungen (also der zweiten Stufe des Systems der sozialen Sicherheit).

Soziale Sicherheit: Ausgaben und Einnahmen

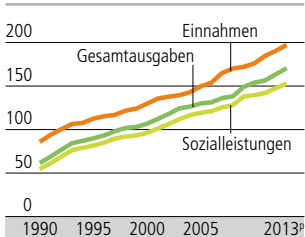
in Milliarden Franken, ohne Doppelzählungen

	1990	1995	2000	2010	2013 ^p
Gesamtausgaben	62,2	90,4	107,4	154,3	170,9
davon Sozialleistungen	55,2	82,3	96,9	139,9	153,6
Einnahmen	86,2	113,0	130,2	176,4	197,7
Sozialausgabenquote ¹	18,2	23,4	24,6	26,7	26,9

¹ Gesamtausgaben im Verhältnis zum BIP

Soziale Sicherheit: Ausgaben und Einnahmen

in Milliarden Franken



Sozialleistungen nach Funktionen 2013^p

	in %
Alter	42,8
Krankheit, Gesundheitspflege	29,9
Invalidität	9,5
Überleben Hinterbliebener	5,1
Familie, Kinder	5,9
Arbeitslosigkeit	3,7
Soziale Ausgrenzung	2,7
Wohnen	0,5

Ausgaben wofür?

Die Verteilung der Sozialleistungen auf die einzelnen Risiken und Bedürfnisse (Funktionen der Sozialleistungen) ist ausgesprochen ungleich: Über vier Fünftel der Sozialleistungen entfallen auf Alter, Krankheit und Invalidität.

Sozialversicherungen: Bezüger 2014

in 1000

AHV: Altersrenten	2196,5	BV ² : Invalidenrenten	131,7
AHV: Zusatzrenten	58,7	BV ² : Übrige Renten	67,2
AHV: Hinterlassenenrenten	173,3	IV: Invalidenrente	259,9
EL zur AV ¹	192,9	IV: Zusatzrenten	79,3
EL zur HV ¹	3,6	EL zur IV	112,9
BV ² : Altersrenten	670,4	UV ³ : Hinterlassenenrenten	21,0
BV ² : Witwen- und Witwerrenten	184,5	UV ³ : Invalidenrenten	83,6
		ALV ⁴	302,9

1 Ergänzungsleistungen Altersversicherung/Hinterlassenenversicherung

2 Berufliche Vorsorge (Zahlen 2013)

3 Unfallversicherung

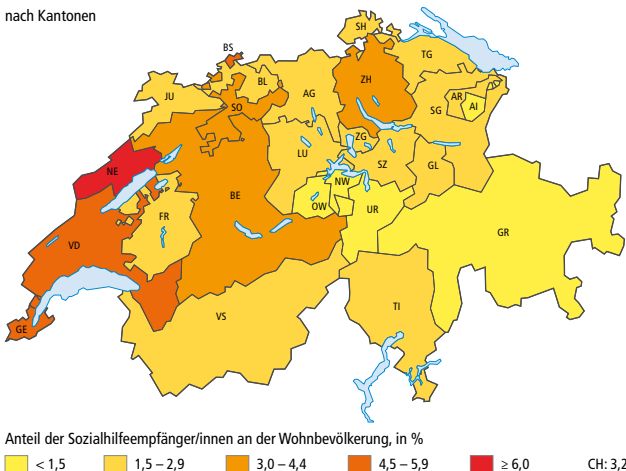
4 Arbeitslosenversicherung

Krankenversicherung

Zwischen 2001 und 2013 sind die durchschnittlichen kantonalen Jahresprämien für die obligatorische Krankenversicherung pro versicherte Person von 1917 auf 3105 Franken gestiegen. 2013 betrug die Jahresprämie für Erwachsene 3661 Franken pro Jahr, für junge Erwachsene 3162 Franken und für Kinder 932 Franken. Zwischen den Kantonen gibt es diesbezüglich jedoch grosse Unterschiede. Im Kanton Basel-Stadt belief sich die Prämie 2013 durchschnittlich auf 4317 Franken und im Kanton Appenzell-Innerroden auf 2245 Franken.

Sozialhilfequote 2014

nach Kantonen



Steigende Ausgaben für bedarfsabhängige Sozialleistungen

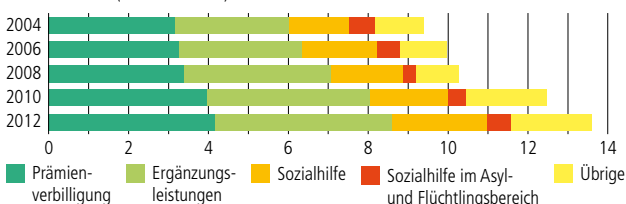
2012 wurden in der Schweiz netto 12,7 Milliarden Franken für bedarfsabhängige Sozialleistungen ausgegeben, rund 438 Millionen Franken mehr als im Vorjahr (+3,6%). Zwei Drittel dieser Ausgaben entfallen auf die Ergänzungsleistungen zu AHV/IV (4,4 Milliarden Franken) und auf die Krankenkassenprämienverbilligung (4,2 Milliarden Franken). An dritter Stelle folgt die Sozialhilfe im engeren Sinn mit Nettoausgaben von 2,4 Milliarden Franken. Damit kam es zu einem Anstieg der Sozialhilfeausgaben gegenüber dem Vorjahr um nominal 14,4%.

Die Ausgaben pro Sozialhilfeempfänger/-in stiegen von 8781 Franken im Jahr 2011 um 7,9% auf 9473 Franken im Jahr 2012 an.

Hauptträger der bedarfsabhängigen Sozialleistungen sind die Kantone. Sie übernahmen 2012 43,9% der Nettoausgaben, 32,2% gingen zu Lasten des Bundes (v. a. für Prämienverbilligung, EL und Sozialhilfe im Asyl- und Flüchtlingsbereich) und 23,5% beglichen die Gemeinden.

Nettoausgaben für bedarfsabhängige Sozialleistungen

In Mrd. Franken (laufende Preise)



Sozialhilfe

261 983 Personen, 3,2% der Gesamtbevölkerung, mussten 2014 mit Sozialhilfeleistungen unterstützt werden. Es bestehen beträchtliche regionale Unterschiede: Die höchsten Quoten weisen mittelgrosse und grosse Städte mit ausgeprägtem Zentrumscharakter auf. In diesen Städten sind Personengruppen, welche in höherem Ausmass auf Sozialhilfeleistungen angewiesen sind, überproportional vertreten. Dazu zählen z.B. Alleinerziehende, Ausländer/-innen und Ausgesteuerte.

Das Sozialhilferisiko unterscheidet

sich stark nach dem Alter, der Familienstruktur und der Nationalität der Personen.

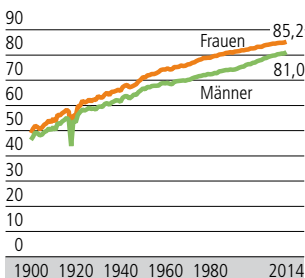
Am höchsten ist die Sozialhilfequote bei Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren. Generell nimmt die Quote mit zunehmendem Alter ab. Am tiefsten (Sozialhilfequote 0,2%) ist sie bei Personen ab 65 Jahren, die bei Bedarf durch Ergänzungsleistungen unterstützt werden.

Sozialhilfequote 2014

in %

Total	3,2
Altersklassen	
0–17 Jahre	5,2
18–25 Jahre	3,9
26–35 Jahre	3,9
36–45 Jahre	3,6
46–55 Jahre	3,3
56–64 Jahre	2,7
65–79 Jahre	0,2
80 Jahre und mehr	0,3
Personen mit Schweizer Staatsangehörigkeit	2,2
Männer	2,3
Frauen	2,1
Personen ausländischer Staatsangehörigkeit	6,3
Männer	6,0
Frauen	6,6

Lebenserwartung



sterben häufiger frühzeitig (vor dem 70. Lebensjahr) – vor allem infolge von ischämischen Herzkrankheiten, Unfällen und Gewalteinwirkungen sowie Lungenkrebs.

Selbst wahrgenommener Gesundheitszustand 2012

84% der Männer und 81% der Frauen bezeichneten 2012 ihren Gesundheitszustand als gut oder sehr gut und nur 4% der Männer und Frauen als schlecht oder sehr schlecht. Nicht selten scheinen allerdings vorübergehende körperliche oder seelische Probleme Beruf und Alltag zu beeinträchtigen. Im Jahr 2012 konnten die in der Schweiz lebenden Personen im Durchschnitt während 13 Tagen aus gesundheitlichen Gründen nicht zur Arbeit gehen oder waren im Haushalt arbeitsunfähig.

Infektionskrankheiten¹ 2014

Akute gastrointestinale Infektionen	8 883
Meningitis	37
Hepatitis B	48
Tuberkulose	473
AIDS	65

¹ Neuerkrankungen

Unfälle 2014

	Männer	Frauen
Berufsunfälle	202 569	65 587
Nicht-Berufsunfälle	309 818	203 441

Behinderte¹ 2014

Invaliditätsgrad	Männer	Frauen
40 – 49%	5 682	6 656
50 – 59%	16 730	17 038
60 – 69%	7 991	7 057
70 – 100%	90 483	74 784

¹ Bezüger von IV-Renten

Todesursachen 2013

	Sterbefälle		Sterbeziffer ¹	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen
Alle Todesursachen	31 257	33 704	555,0	371,0
davon:				
Infektiöse Krankheiten	352	415	6,4	4,8
Krebskrankheiten insgesamt	9 200	7 475	167,0	107,0
Kreislaufsystem	9 719	11 793	164,0	109,0
Ischämische Herzkrankheiten	4 097	3 628	69,9	33,4
Hirngefässkrankheiten	1 465	2 238	24,3	21,5
Atmungsorgane insgesamt	2 167	1 949	36,4	20,4
Unfälle und Gewalteinwirkung	2 177	1 642	44,0	21,0
Unfälle insgesamt	1 312	1 285	25,3	13,7
Suizid	786	284	16,9	6,0

¹ Rate pro 100 000 Einwohner (altersstandardisiert)

Säuglingssterblichkeit

	1970	1980	1990	2000	2010	2014
pro 1000 Lebendgeburten	15,1	9,1	6,8	4,9	3,8	3,9

Konsum von Alkohol, Tabak und illegalen Drogen 2012

Illegale Drogen werden vor allem von Jugendlichen und jungen Erwachsenen eingenommen. Im Jahre 2012 konsumierten rund 11% der 15- bis 39-Jährigen Cannabis. Ungleich gravierender ist aus volksgesundheitlicher Sicht der Konsum von Tabak und Alkohol. Insgesamt rauchten 2012 rund 28% der Bevölkerung; 24% der Frauen und 32% der Männer. Die Anteile sind gegenüber 1992 leicht gesunken, jedoch verglichen mit der letzten Gesundheitsbefragung 2007 konstant geblieben. Beim Alkohol ist der Anteil der täglich Konsumierenden auf 13% zurückgegangen (1992: 20%). 17% der Männer und 9% der Frauen nehmen täglich Alkohol zu sich.

Leistungen 2012

in %¹

	Männer	Frauen
Arztbesuch	70,9	85,7
Spitalaufenthalt	10,2	13,1
Spitex-Leistungen	1,3	4,2

1 Bevölkerung ab 15 Jahren

Ärzte und Zahnärzte

je 100 000 Einwohner

	1990	2014
Ärzte mit Praxistätigkeit ¹	153	216
Zahnärzte	48	51

1 Ab 2008, Ärzte mit Haupttätigkeit im ambulanten Sektor

Hospitalisierungsrate in den Akutspitälern 2014

in %¹

	Total	Männer	Frauen
15–59-jährig	10,5	8,6	12,5
60–79-jährig	25,0	27,6	22,6
80+ -jährig	47,4	53,2	44,2

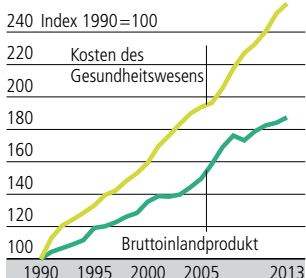
1 der betreffenden Bevölkerungsgruppe

Sozialmedizinische Institutionen

in 1000

	2009	2014
Anzahl Klienten: Total	190,4	204,3
davon:		
Klienten ≥ 80 Jahre	105,4	112,7
Männer	26,3	29,7
Frauen	79,0	83,1

Gesundheitskosten



2013 sind 10,9% des Bruttoinlandprodukts für das Gesundheitswesen verwendet worden; 1990 waren es erst 7,9%. Ein wesentlicher Grund für diesen

Anstieg ist die Entwicklung des Angebots: so z.B. die erweiterten Leistungen, die wachsende Spezialisierung und Technisierung und der höhere Komfort. Eine geringere Rolle spielt dagegen das Altern der Bevölkerung.

in Millionen Franken

	2003	2013
Total	49 265	69 227
Stationäre Behandlung	23 242	31 312
Ambulante Behandlung	14 647	23 695
davon:		
Ärzte	6 743	10 335
Zahnärzte	3 080	4 001
Spitex	1 031	1 950
Andere Leistungen ¹	1 547	2 385
Gesundheitsgüter ²	6 307	7 316
davon:		
Apotheken	3 644	4 363
Ärzte	1 586	1 948
Prävention	1 123	1 536
Verwaltung	2 400	2 983

1 Wie Laboruntersuchungen, Radiologie, Transporte
2 Arzneimittel und therapeutische Apparate

Entwicklung zu einem Bildungsraum Schweiz

Das Bildungssystem der Schweiz ist gekennzeichnet durch einen ausgeprägten Föderalismus. Die Vielfalt der verschiedenen Bildungssysteme zeigt sich vor allem in der obligatorischen Schule: je nach Kanton gibt es beispielsweise auf Sekundarstufe I zwei, drei oder vier nach Leistungsanforderungen unterschiedene Schultypen.

Das schweizerische Bildungswesen wandelt sich. Im Zuge der Harmonisierung der obligatorischen Schule findet eine Ausdehnung der Schulpflicht von neun auf elf Jahre statt. In den meisten Kantonen ist der Besuch der zuvor fakultativen Vorschulstufe nun obligatorisch. Auch über die obligatorische Schule hinaus, haben in den letzten zwei Jahrzehnten Reformen der nationalen Strukturen stattgefunden (neue Maturitätstypen, die Fachhochschulen und die Pädagogischen Hochschulen wurden eingeführt sowie die Bologna-Reform umgesetzt). Diese Reformen zeichnen sich auch in einer steigenden Nachfrage nach Bildung ab.

Schüler und Studierende

Schulstufe	Anzahl in 1000			Anteil Frauen, in %		
	2000/01	2005/06	2013/14	2000/01	2005/06	2013/14
Total	1 441,7	1 496,1	1 568,3	47,8	48,1	48,6
Obligatorische Schule	957,2	957,3	910,3	48,7	48,6	48,5
Vorschule	156,4	156,1	162,2	48,5	48,4	48,5
Primarstufe	473,7	454,1	450,4	49,3	49,2	49,2
Sekundarstufe I	278,5	298,4	263,7	49,7	49,6	49,2
Besonderer Lehrplan	48,6	48,7	34,1	37,9	37,7	35,7
Sekundarstufe II	315,7	324,5	361,7	47,8	47,5	47,9
Tertiärstufe	160,5	204,7	289,7	41,9	46,8	49,6
Höhere Berufsbildung	96,7	112,4	142,2	45,6	49,1	50,2
Universitäre Hochschulen	25,1	54,1	87,3	25,9	44,4	52,1
Fachhochschulen (inkl. PH)	38,7	38,2	60,2	43,1	43,6	44,4
Stufe unbestimmt	7,1	9,7	6,6	51,6	49,5	49,1

Geschlechterunterschiede abgebaut

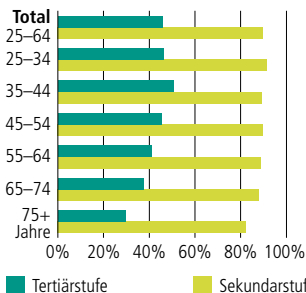
Von der Bildungsexpansion der letzten Jahrzehnte haben vor allem die Frauen profitiert. Heute beginnen praktisch gleich viele Frauen wie Männer eine nachobligatorische Ausbildung und schliessen sie auch ab. Während sich das Geschlechterverhältnis in den Ausbildungen an den Hochschulen ausgeglichen hat, schliessen immer noch mehr Männer als Frauen eine höhere Berufsbildung ab. Entsprechend sind Männer im Durchschnitt immer noch länger in Ausbildung als Frauen. Umgekehrt sind Mädchen in der obligatorischen Schule erfolgreicher: sie werden seltener in eine Sonderklasse versetzt und auf der Sekundarstufe I besuchen sie häufiger anforderungsreiche Schultypen.

Besonders deutliche Unterschiede bestehen nach wie vor bei der Wahl der Fachrichtung, und dies sowohl in der Berufsbildung als auch an den Hochschulen. Verschiedene Zweige werden entweder von Frauen oder von Männern beherrscht, was nicht zuletzt auf Muster alter Rollenverteilungen zurückzuführen ist. In der Berufsbildung überwiegen in Industrie und Handwerk die Männer, im Verkauf sowie in der Gesundheits- und Körperpflege die Frauen. An den Hochschulen zieht es die Männer eher in die Bereiche Technik, Naturwissenschaften und Wirtschaft, Frauen eher in die Geisteswissenschaften, ins Soziale und Gestalterische.

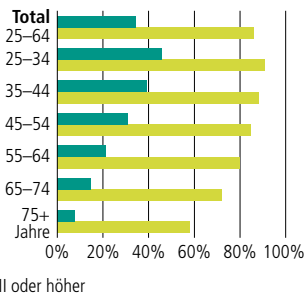
Bildungsstand 2014

Anteil an der Wohnbevölkerung

Männer

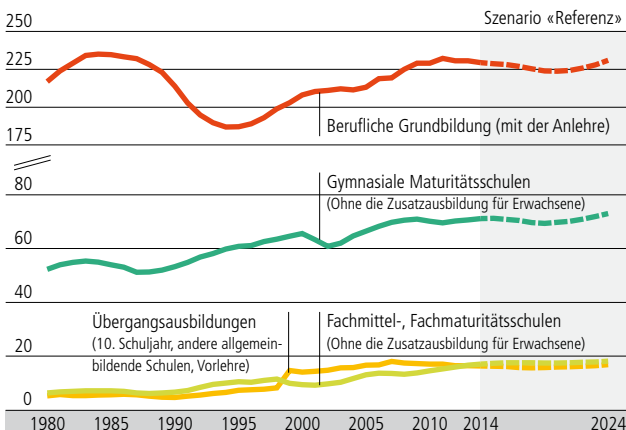


Frauen



Anzahl Schüler in der Sekundarstufe II

In 1000



Bildungsbeteiligung steigt

Die Bildungsbeteiligung auf der Sekundarstufe II und vor allem auf der Tertiärstufe ist in den letzten dreissig Jahren deutlich gestiegen. Dies betrifft insbesondere auch Ausbildungen, die den Hochschulzugang ermöglichen. So ist die Maturitätsquote (Berufsmaturität und gymnasiale Maturität) von 25,7% im Jahr 2000 auf 37,5% (inkl. Fachmaturität) im Jahr 2014 gestiegen. Auch an den Hochschulen hat sich die Zahl der Studierenden zwischen 2000 und 2014 fast verdoppelt. Dies nicht zuletzt durch die Gründung der Fachhochschulen und Pädagogischen Hochschulen.

Entsprechend dieser Entwicklung wird erwartet, dass sich das Bildungsniveau der Bevölkerung der Schweiz in den kommenden Jahren deutlich erhöhen wird. Der Anteil der Personen mit Tertiärabschluss in der Bevölkerungsgruppe der 25- bis 64-Jährigen dürfte von 40% im Jahr 2014 bis 2027 auf ein Niveau von 50% steigen.

Ausgewählte Bildungsabschlüsse 2014

Schulstufe	Total	Frauen in %
Sekundarstufe II		
Gymn. Maturitätszeugnisse	18 439	57,0
Berufsmaturitätszeugnisse	14 177	47,2
Abschlüsse berufliche Grundbildung BBG ¹	66 998	45,6
Handelsmittelschuldiplome	180	42,8
Tertiärstufe		
Höhere Berufsbildung		
Höhere Fachschuldiplome	8 076	48,6
Eidg. Diplome	2 635	24,9
Eidg. Fachausweise	14 537	37,6
Fachhochschulen		
Diplome	1 093	48,1
Bachelorabschlüsse	15 252	55,8
Masterabschlüsse	3 513	54,3
Universitäre Hochschulen		
Lizentiate/Diplome	319	69,6
Bachelorabschlüsse	14 362	52,5
Masterabschlüsse	12 948	51,1
Doktorate	3 849	43,3

1 Inkl. Eidg. Berufsatteste

Schulpersonal 2013/14 Hochschulpersonal 2014

	Vollzeit- äquivalente	Frauen in %
Obligatorische Schule ¹	59 156	73,7
Vorschule	9 061	94,7
Primarstufe	29 155	81,7
Sekundarstufe I	20 940	54,2
Sekundarstufe II ²	17 063	41,9
Universitäre Hochschulen	39 781	44,0
Professor/innen	3 705	20,4
Übrige Dozierende	2 786	27,9
Assistierende ³	20 086	43,1
Fachhochschulen (inkl. PH)	16 343	45,6
Professor/innen	1 578	29,9
Übrige Dozierende	5 839	40,7
Assistierende ³	3 891	43,0

1 Ohne Schulen mit besonderem Lehrplan, Doppelzählungen möglich

2 Allgemeinbildende und Berufsschulen

3 Inkl. wissenschaftliche Mitarbeitende

Öffentliche Bildungsausgaben 2013

	in Milliarden Franken
Total	35,4
davon Besoldungen Lehrkräfte	17,0
Obligatorische Schule (inkl. Vorschule)	15,4
Sonderschulen	1,9
Berufliche Grundbildung	3,5
Allgemeinbildende Schulen	2,3
Höhere Berufsbildung	0,3
Hochschulen	7,6
Nicht aufteilbare Aufgaben	0,6

Weiterbildung

Man kann zwei Formen der Weiterbildung unterscheiden: nicht-formale Bildung (wie Besuch von Kursen, Seminaren, Privatunterricht, Tagungen oder Konferenzen) und informelles Lernen (Lektüre von Fachliteratur, Lernen von CD-ROM oder von Familienangehörigen usw.). Die Mehrheit der Bevölkerung in der Schweiz (fast 80% der ständigen Wohnbevölkerung zwischen 25 und 64 Jahren) hat 2011 an mindestens einer Weiterbildungsaktivität teilgenommen. Dabei steht die Integration auf dem Arbeitsmarkt sowie das Bildungsniveau in einem positiven Zusammenhang mit der Teilnahme an Weiterbildungsveranstaltungen.

Ein forschungsaktives Land

Die Forschungs- und Entwicklungstätigkeit (F+E) in einer Volkswirtschaft ist ein wichtiger Standortfaktor. Die Schweiz gehört mit einem F+E-Anteil von 2,96% des Bruttoinlandsprodukts (2012) zu den forschungsaktivsten Staaten. 2012 wurden für F+E im Inland rund 18,5 Milliarden Franken aufgewendet. Davon entfallen 69% auf die Privatwirtschaft und weitere 28% auf die Hochschulen; die restlichen 3% verteilen sich auf Bund und diverse private Organisationen ohne Erwerbszweck.

Die F+E-Aktivitäten der Schweizer Firmen im Ausland sind traditionell sehr ausgeprägt. Entsprechende Aufwendungen der Privatwirtschaft im Ausland betrugen 2012 rund 15 Milliarden Franken und sind im Vergleich zu 13 Milliarden Franken im Inland leicht höher.

► www.statistik.admin.ch →
Themen →
Bildung und Wissenschaft

Presselandschaft im Umbruch

Seit der Jahrtausendwende hat sich der Schweizer Tageszeitungsmarkt grundlegend verändert. In der Deutschschweiz ist die gratis verteilte Pendlerzeitung «20 Minuten» mit mehr als 1,5 Million. Leserinnen und Lesern pro Ausgabe zur grössten Tageszeitung geworden. Auch in der französischsprachigen Schweiz hat sich «20 minutes» mit 535 000 Leserinnen und Lesern zum meistgelesenen Titel entwickelt. In der italienischsprachigen Schweiz steht mit dem «Corriere del Ticino plus» noch eine Kaufzeitung an der Spitze der Tageszeitungen (129 000 Leser). Die im September 2011 lancierte «20 minuti» hat allerdings auch bereits 93 000 Leserinnen und Leser.

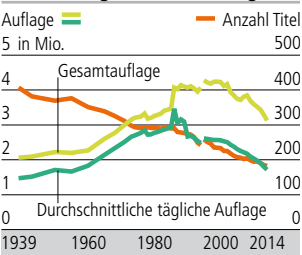
Internet und Mobilfunk

Gegen Ende des 20. Jahrhunderts ging der Aufschwung des Mobilfunks jenem des Internets voraus, bevor die Konvergenz zum mobilen Internet einsetzte. Die Zahl der Mobilfunkanschlüsse stieg von 0,1 Millionen im Jahr 1990 auf 11,4 Millionen Ende 2014, was 138 Anschlüssen pro 100 Einwohnerinnen und Einwohner entspricht. Während die Zahl der regelmässigen Internetnutzerinnen und -nutzer (mehrmals pro Woche) von 14 Jahren und mehr 1998 noch 0,7 Millionen betrug, waren es anfangs 2015 bereits 5,4 Millionen. Die Konvergenz zeigt sich deutlich in der stark wachsenden Anzahl der Mobilfunkteilnehmerinnen und -teilnehmer, die über ein Breitbandanschluss (3G+) auf das Internet zugreifen. Diese ist von 1,2 Millionen im Jahr 2010 auf 3,6 Millionen im Jahr 2014 gestiegen.

Die zehn grössten Bibliotheken

Die Zahl der über Bibliotheken zugänglichen Dokumente ist sehr hoch: Im Jahr 2014 besaßen die zehn Bibliotheken mit dem grössten Angebot einen Bestand von mehr als 54 Millionen Exemplaren.

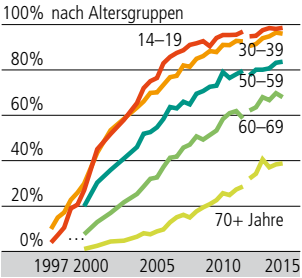
Entwicklung der Kaufzeitungen



Quelle: Verband Schweizer Medien / WEMF. Berücksichtigt sind Titel von allgemeinem Interesse mit mindestens wöchentlicher Erscheinungsweise

Internetnutzung

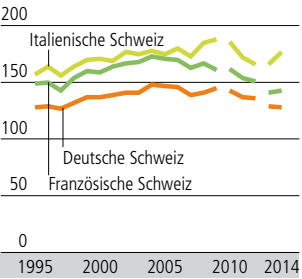
Anteil der regelmässigen Nutzer¹



¹ Benutzen das Internet mehrmals wöchentlich
Quelle: Net-Matrix-Base, BFS

Fernsehnutzung

in Minuten pro Tag und Einwohner



Quelle: Mediapulse AG; seit 2013 Kantar Media, 1983-2012 Telecontrol (Basis: Bevölkerung ab 3 Jahren, Mittelwert pro Tag (Mo–So))

Radionutzung

in Minuten pro Tag und Einwohner

	2010	2012	2013
Deutschschweiz	117	110	109
Französische Schweiz	103	93	89
Italienische Schweiz	106	105	104

Quelle: Mediapulse AG Radiocontrol (Basis: Bevölkerung ab 15 Jahren, Mittelwert pro Tag (Mo–So))

Kulturausgaben der privaten Haushalte

2013 wurde insgesamt gut 10,1 Milliarden Franken von privaten Haushalten für die Kultur aufgewendet. Dies entspricht einem Wert von 238 Franken pro Monat und Haushalt und einem Anteil von 4,3% der gesamten Konsumausgaben. Ausgaben im Medienbereich – beispielsweise für Zeitungen, Bücher, Fernseh- und Internetabonnemente sowie für Abspiel- und Empfangsgeräte – machten mit 74%, beziehungsweise 7,5 Milliarden Franken, einen Grossteil der gesamten Kulturausgaben aus. Wird der Bereich der Medien ausgeklammert, wurde mit 775 Millionen Franken am meisten für Theater und Konzerte ausgegeben.

Kulturfinanzierung durch die öffentliche Hand

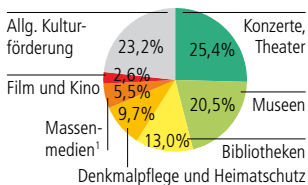
Im Jahr 2013 gingen ein Viertel der gesamten öffentlichen Kulturfinanzierungsbeiträge des Bundes, der Kantone und der Gemeinden (693 Millionen Franken) an den Bereich «Konzert und Theater». Für «Museen und bildende Kunst» wurden 559 Millionen Franken eingesetzt. Dahinter folgten die Bereiche «Bibliotheken», «Denkmalpflege und Heimatschutz», «Massenmedien» sowie «Film und Kino» mit Beiträgen von 353, 264, 148 und 72 Millionen Franken.

Die Schweizer Film- und Kinolandschaft

Zu Beginn der 2000er Jahre wurden in der Schweiz jährlich gegen 1300 Filme vorgeführt; heute bewegt sich diese Zahl um 1700. Der Anteil an Schweizer Filmen ist dabei von rund 10% auf knapp 16% angestiegen. Im Jahr 2013 generierten insgesamt 715 Filmproduktionsunternehmen mit über 14 000 Auftragsfilmen (Commercials, Unternehmensfilme etc.) und freien Filmen (Kinofilme, Fernsehfilme etc.) einen Brutto-Jahresumsatz von rund 361 Millionen Franken. Sie beschäftigten über 1500 Festangestellte, wovon ungefähr ein Drittel Frauen waren.

Verwendung der öffentlichen Ausgaben nach Kulturbereich 2013

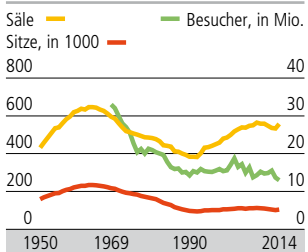
Gemeinden, Kantone und Bund



¹ inkl. Forschung und Entwicklung in Kultur und Medien (0,07%)

Quelle: Eidgenössische Finanzverwaltung (EFV)

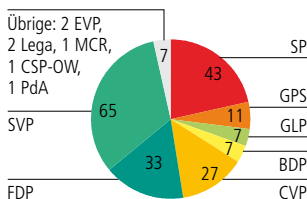
Kino



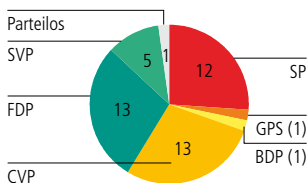
Das politische System

Die Schweiz ist seit 1848 ein Bundesstaat und besteht aus 26 Kantonen. Die Regierung (Bundesrat) ist eine Kollegialbehörde mit 7 Mitgliedern (ab 2016: 2 FDP, 2 SP, 2 SVP, 1 CVP). Ihre Wahl erfolgt durch das Parlament. Dieses besteht aus zwei Kammern: dem Nationalrat (Volksvertretung, 200 Sitze) und dem Ständerat (Kantonsvertretung, 46 Sitze). Ausserdem prägen weit gehende Volksrechte (Initiativ- und Referendumsrecht) und Volksabstimmungen das politische System der Schweiz.

Nationalrat 2015: Mandate



Ständerat 2015: Mandate



Nationalratswahlen 2015

	Parteistärke in %	Mandate	Frauen	Männer	Frauenanteil in %
FDP	16,4	33	7	26	21,2
CVP	11,6	27	9	18	33,3
SP	18,8	43	25	18	58,1
SVP	29,4	65	11	54	16,9
GLP	4,6	7	3	4	42,9
BDP	4,1	7	1	6	14,3
GPS	7,1	11	5	6	45,5
Kleine Rechtsparteien ¹	2,6	3	1	2	33,3
Übrige ²	5,3	4	2	2	50,0

¹ SD, EDU, Lega (2 Mandate, 1 Frau), MCR (1 Mandat)

² EVP (2 Mandate, 2 Frauen), CSP, PdA (1 Mandat), Sol., Splittergruppen (CSP-OW 1 Mandat)

Abkürzungen siehe unten

Nationalratswahlen 2015

Bei den Nationalratswahlen 2015 gab es zwei Siegerinnen: die SVP, welche mit deutlichen Stimmengewinnen die höchste Parteistärke (29,4%) erzielte, die seit den ersten Proporzahlen von 1919 je eine Partei erreicht hatte, und die FDP, die erstmals seit 1979 wieder zulegen konnte. Verloren haben die neuen Mitteparteien BDP und GLP, die Grünen (GPS) und die CVP, welche auf einen neuen Tiefpunkt absank. Damit wurde der Trend der Nationalratswahlen 2011, wonach die aufstrebenden neuen Mitteparteien (GLP, BDP) die parteipolitische Polarisierung dämpften, gestoppt und teilweise gewendet.

Abkürzungen der Parteien

FDP FDP. Die Liberalen¹

CVP Christlichdemokratische Volkspartei der Schweiz

SP Sozialdemokratische Partei der Schweiz

SVP Schweizerische Volkspartei

BDP Bürgerlich-Demokratische Partei

EVP Evangelische Volkspartei der Schweiz

CSP Christlichsoziale Partei

GLP Grünliberale Partei

PdA Partei der Arbeit der Schweiz

Sol. Solidarität

GPS Grüne Partei der Schweiz

SD Schweizer Demokraten

EDU Eidgenössisch-Demokratische Union

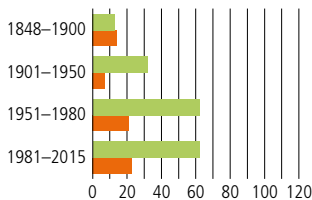
Lega Lega dei ticinesi

MCR Mouvement Citoyens Romands

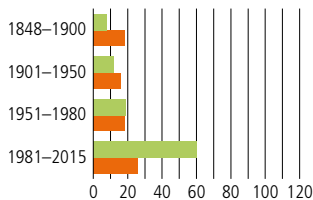
¹ 2009: Fusion von Freisinnig-Demokratischer Partei der Schweiz (FDP) und LPS unter der Bezeichnung «FDP. Die Liberalen»

Eidgenössische Volksabstimmungen

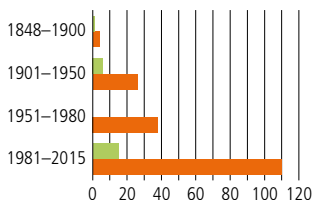
Obligatorische Referenden¹



Fakultative Referenden



Volksinitiativen²

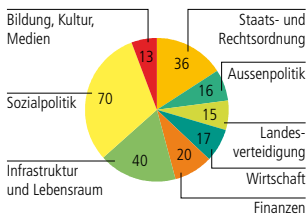


■ Angenommen ■ Verworfen

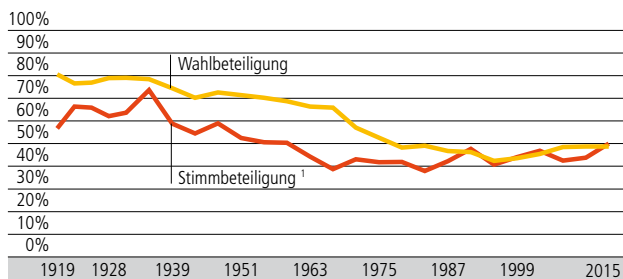
1 Inkl. Gegenvorschläge zu Volksinitiativen

2 Inkl. Volksinitiativen mit Gegenvorschlag

Themen 1991–2015



Beteiligung an Wahlen und Abstimmungen



¹ Es handelt sich um Durchschnittswerte für die Urnengänge, welche im Zeitraum von zwei Jahren vor bis zwei Jahre nach den jeweiligen Nationalratswahlen stattfanden. Bis 1931 eineinhalb vor bis eineinhalb Jahre nach den Wahlen, entsprechend dem damals üblichen dreijährigen Rhythmus.

Der stärkste Rückgang bei der Wahlbeteiligung setzte nach 1967 ein, eine Entwicklung, die nicht zuletzt auf die Einführung des Frauenstimmrechts zurückzuführen ist. Der Rückgang der Stimmbeteiligung ist von starken Ausschlägen geprägt, da sich die Stimmberechtigten je nach Abstimmungsthema sehr unterschiedlich mobilisieren lassen. So belaufen sich die Extremwerte seit 1990 auf eine minimale Beteiligung von 28% und eine maximale von 79%. Ab dem Jahr 2000 hat sich die Beteiligung sowohl bei Wahlen wie auch bei Abstimmungen etwas stabilisiert und nimmt sogar wieder leicht zu (45%).

Rechnungsabschlüsse der öffentlichen Haushalte

in Milliarden Franken

	Einnahmen			Ausgaben			Überschuss		
	2000	2010	2014 ²	2000	2010	2014 ²	2000	2010	2014 ²
Total¹	164,4	193,8	207,1	152,7	191,4	207,7	11,8	2,4	-0,6
Bund	52,0	63,5	64,9	48,2	60,3	64,7	3,8	3,1	0,2
Kantone	63,2	77,2	82,7	60,3	76,1	85,1	2,8	1,2	-2,3
Gemeinden	42,1	42,7	45,5	40,6	43,2	46,1	1,5	-0,5	-0,6
Sozialversicherungen	44,9	54,4	62,0	41,6	55,8	59,8	3,4	-1,4	2,2

1 Doppelzählungen im Total nicht enthalten

2 Teilweise geschätzt

Schulden der öffentlichen Haushalte

in Milliarden Franken

	1990	2000	2010	2012	2013	2014
Total¹	104,8	220,4	205,8	213,4	219,8	221,8
Bund	38,1	108,1	108,9	111,0	110,4	107,7
Kantone	29,2	63,1	52,5	55,2	61,3	64,8
Gemeinden	37,4	49,1	45,8	47,3	48,9	49,9
Sozialversicherungen	0,1	5,8	7,4	6,3	4,8	4,2

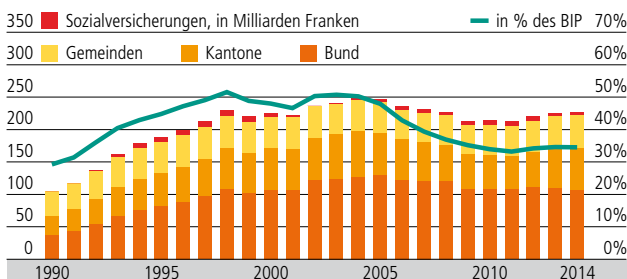
Pro Einwohner, in Franken ²	15 503	30 595	26 145	26 542	27 000	26 931
--	--------	--------	--------	--------	--------	--------

1 Doppelzählungen im Total nicht enthalten

2 Zu laufenden Preisen

3 Teilweise geschätzt

Schulden der öffentlichen Haushalte

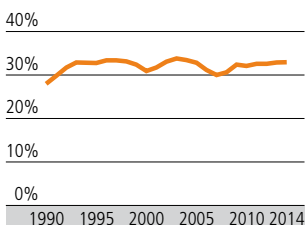


Die Staatsquote misst die Ausgaben der öffentlichen Haushalte in Prozent des Bruttoinlandprodukts (BIP). Sie beinhaltet die Ausgaben von Bund, Kantonen und Gemeinden sowie der öffentlichen Sozialversicherungen (AHV/IV/EO inkl. Mutterschaftsversicherung und ALV).

Trotz beträchtlichem Anstieg seit 1970 ist die Schweiz im internationalen Vergleich weiterhin sehr gut positioniert: Sie hat eine der niedrigsten Staatsquoten aller OECD-Länder. Die meisten europäischen Länder weisen eine deutlich höhere Quote auf.

Staatsquote

in % des BIP



Auch die Schuldenquote ist in der Schweiz verglichen mit den OECD-Ländern relativ tief. Sie ist jedoch zwischen 1990 und 2003 kontinuierlich angestiegen. Dank der bis Mitte 2008 andauernden konjunkturellen Erholung, der Ausschüttung der überschüssigen Goldreserven der Schweizerischen Nationalbank sowie verschiedener struktureller Massnahmen (u.a. Entlastungsprogramme, Schulden- und Ausgabenbremsen) vermochten die öffentlichen Haushalte im Zeitraum 2005 bis 2011 ihre Bruttoschulden kontinuierlich zu reduzieren, 2012 stieg die Verschuldung erstmals wieder. Die Schuldenquote betrug Ende 2013 34,6%.

Einnahmen der öffentlichen Haushalte

in Milliarden Franken. Nach Abzug der Doppelzählungen

	2010	2012	2013
Total	193,8	200,7	205,9
Ordentliche Einnahmen	193,8	200,0	204,6
Betriebliche Einnahmen	183,0	189,5	194,1
Fiskaleinnahmen	161,5	168,4	172,3
Regalien und Konzessionen	3,9	2,7	2,6
Entgelte	16,7	17,4	18,2
Verschiedene Einnahmen	0,3	0,4	0,3
Transfereinnahmen	0,5	0,6	0,7
Finanzeinnahmen	8,8	8,2	8,3
Investitionseinnahmen	2,1	2,2	2,2
Ausserordentliche Einnahmen	0,0	0,7	1,3
Ausserordentlicher Ertrag	0,0	0,7	0,1
Ausserordentliche Investitionseinnahmen	0,0	0,0	1,2

Ausgaben der öffentlichen Haushalte, nach Funktionen

in Milliarden Franken. Nach Abzug der Doppelzählungen

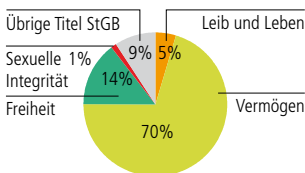
	2010	2012	2013
Total	191,4	200,5	204,8
Allgemeine Verwaltung	13,9	16,6	16,2
Öffentliche Ordnung und Sicherheit, Verteidigung	14,5	15,2	15,9
Bildung	32,7	34,6	35,4
Kultur, Sport und Freizeit, Kirche	5,0	5,1	5,2
Gesundheit	11,3	13,7	13,7
Soziale Sicherheit	75,2	77,8	80,5
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	16,6	16,8	16,9
Umweltschutz und Raumordnung	5,9	6,1	6,2
Volkswirtschaft	7,7	7,8	8,0
Finanzen und Steuern	8,5	6,8	6,7

Kriminalitätszahlen sind nur bedingt ein direkter Ausdruck der Verhaltensrealität: Zum einen unterliegen strafrechtliche Normen und Massnahmen dem gesellschaftlichen Wandel. Zum anderen werden die Kriminalitätszahlen auch stark beeinflusst durch personelle Ressourcen, Verfolgungsprioritäten, die Effizienz von Polizei und Justiz und die Anzeigebereitschaft der Bevölkerung. Wie weit Veränderungen in den Kriminalitätszahlen jeweils durch welche Ursachen bedingt sind, ist in der Regel schwer zu ermitteln.

Verzeigungen

Im Jahr 2014 wurden gesamthaft 526 066 Straftaten gegen das Strafgesetzbuch (StGB), 80 986 gegen das Betäubungsmittelgesetz (BetmG), 39 544 gegen das Ausländergesetz (AuG) und 12 521 gegen weitere strafrechtlich relevante Bundesneben Gesetze an die polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) übermittelt. Die Aufklärungsquote lag bei Tötungsdelikten bei 95%, bei Vermögensstraftaten bei 18%. Die Aufschlüsselung der Beschuldigten nach Nationalität und Aufenthaltsstatus zeigt, dass im StGB-Bereich 47%, im BetmG 55% und bei den übrigen Bundesneben Gesetzen 59% schweizerischer Staatszugehörigkeit waren. Ausländer mit Wohnsitz machten 30%, 21% und 23% der Beschuldigten aus, was bedeutet, dass ein gewichtiger Teil der Ausländerdelinquenz «importiert» ist, nämlich 23% (StGB), 25% (BetmG) und 18% (übrige). Im Bereich des Ausländergesetzes machten die nicht in der Schweiz wohnhaften Beschuldigten 82% aus.

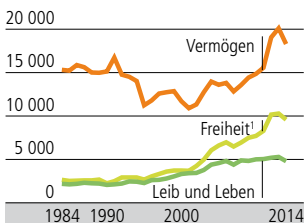
Straftaten nach Titeln des Strafgesetzbuches 2014



Verurteilungen

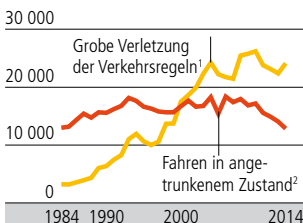
Wurden Mitte der 1980er Jahre gesamthaft etwas über 45 000 Verurteilungen gegen Erwachsene gezählt, so hat sich deren Zahl mehr als verdoppelt und liegt 2014 bei rund 110 100. Die Entwicklung läuft je nach dem den Verurteilungen zu Grunde liegenden Gesetz sehr unterschiedlich. Im Bereich des StGB wurde in den letzten drei Jahren eine Zunahme von 14% registriert. Beim Strassenverkehrsgesetz (SVG) haben über eine längere Zeit betrachtet die immer intensiveren Strassenverkehrskontrollen zu mehr abgeurteilten Fällen geführt. Im Betäubungsmittelbereich ist die Lage seit einigen Jahren stabil. Bei den abgeurteilten Verstössen gegen das Ausländergesetz kam es 2014 nach einem stetigen Anstieg seit 2000 zu einer Stabilisierung bei den Verurteilungen.

Ausgewählte Straftaten StGB



1 Drohung, Nötigung, Menschenhandel, Freiheitsberaubung und Entführung, Geiselnahme, Hausfriedensbruch

Ausgewählte Straftaten SVG

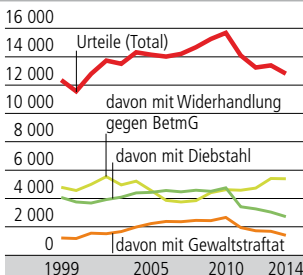


1 Art. 90 Ziff. 2 SVG

2 Mit qualifizierter Blutalkoholkonzentration (Art. 91 Abs. 1 2^{er} Satz SVG)

Jugendstrafurteile

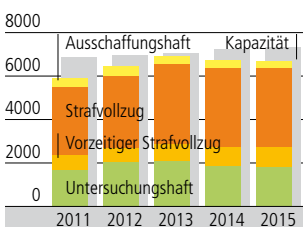
Die Entwicklung der Jugendstrafurteile zeigt eine sinkende Tendenz (2010 bis 2014: -18%). Die Anzahl der Drogenfälle haben zu-, die der Strassenverkehrsfälle, des Diebstahls und der minderschweren Gewaltdelikte haben deutlich abgenommen. Die schweren Gewaltdelikte sind auf tiefem Niveau stabil.



Freiheitsentzug

In der Schweiz gab es 2015 117 (meist kleinere) Einrichtungen des Freiheitsentzugs mit insgesamt 7343 Plätzen. Am Stichtag, dem 2. September 2015, waren 6884 Plätze belegt. Somit lag die gesamte Belegungsrate bei 94%. Von den 6884 Insassen waren 66% im Strafvollzug, 27% in Untersuchungshaft, 5% wegen Zwangsmassnahmen nach dem Ausländergesetz und die übrigen 2% aus anderen Gründen inhaftiert.

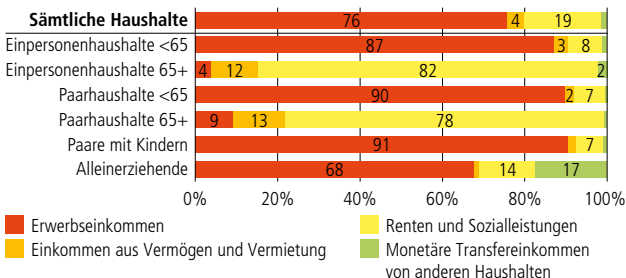
Insassenbestand nach Haftform



Rückfall

Die Wiederverurteilungsrate der 2010 wegen Verbrechen und Vergehen verurteilten Erwachsenen lag, bei einem Beobachtungszeitraum von 3 Jahren (d.h. bis 2013), bei 24%, diejenige von Jugendlichen bei 32%. Die höchsten Wiederverurteilungsraten hatten Personen mit zwei und mehr Vorstrafen (Erwachsene: 61%; Jugendliche: 61%).

Zusammensetzung des Bruttoeinkommens nach Haushaltstyp 2009–2011



Haushaltsbudget: Einkommen

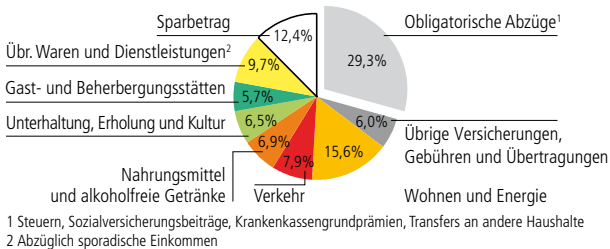
Über sämtliche Haushalte gemittelt stellen die Erwerbseinkommen mit 76% den Hauptpfeiler des Haushaltseinkommens dar. Der zweite wichtige Pfeiler bilden die Renten aus der 1. und 2. Säule sowie weitere Sozialleistungen mit 19%. Die restlichen Anteile bilden Vermögenseinkommen sowie Übertragungen von anderen Haushalten.

Das Bild wird differenzierter, wenn die Zusammensetzung des Haushaltseinkommens nach Haushaltstyp betrachtet wird. Dabei zeigt sich, dass beispielsweise bei Haushalten ab 65 Jahren die Renteneinkommen zwar dominieren, die Erwerbseinkommen und vor allem die Vermögenseinkommen aber eine nicht unwesentliche Rolle spielen. Die Einkommen aus Überweisungen von anderen Haushalten schliesslich stellen nur bei spezifischen Haushaltstypen eine wichtige Einkommensquelle dar wie beispielsweise bei den Alleinerziehenden mit 17%.

Haushaltsbudget: Ausgaben

Auf der Ausgabenseite variiert die Zusammensetzung weniger ausgeprägt. Den grössten Posten bilden mit 29% des Bruttoeinkommens die obligatorischen Abzüge. Den grössten Posten im Bereich der Konsumausgaben bilden Ausgaben fürs Wohnen mit 16%. Weitere grössere Posten bilden die Ausgaben für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke, für Verkehr sowie für Unterhaltung, Erholung und Kultur. Nach Abzug sämtlicher Ausgaben bleiben im Durchschnitt 12% des Bruttoeinkommens als Sparbetrag übrig. Je nach Haushaltstyp zeigen sich hier aber deutliche Unterschiede. Haushalte ab 65 Jahren weisen im Durchschnitt einen tieferen Sparbetrag auf als jüngere. Manchmal liegt dieser sogar im Minus. Das heisst, diese Haushalte leben unter anderem vom Vermögen.

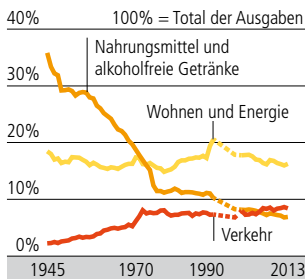
Zusammensetzung des Haushaltsbudgets 2009–2011



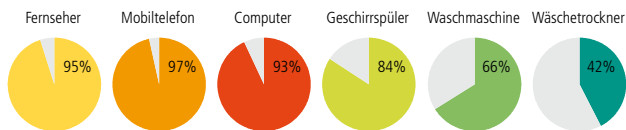
Die Haushaltsausgaben im Verlaufe der Zeit

Die Zusammensetzung der Haushaltsausgaben hat sich im Verlaufe der Zeit stark geändert. Diese Veränderungen sind deutlich grösser als die Unterschiede zwischen den Haushalten heute. So ist zum Beispiel der Anteil der Ausgaben für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke von 35% am Total der Ausgaben im Jahr 1945 auf 7% heutzutage zurückgegangen. Im Gegenzug hat der Anteil anderer Ausgaben zugenommen, wie zum Beispiel derjenige der Ausgaben für Verkehr von etwa 2% auf über 8%.

Entwicklung ausgewählter Haushaltsausgaben



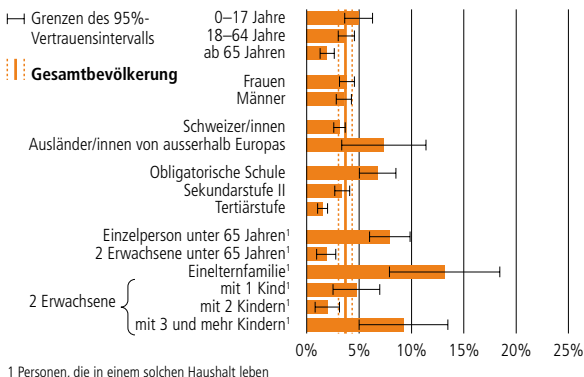
Ausrüstung mit ausgewählten Konsumgütern 2013



Ausrüstung mit Konsumgütern

Die Darstellung der Ausrüstung mit einer Auswahl von dauerhaften Konsumgütern zeigt, dass Haushalte in der Schweiz im Bereich der Güter der Informationstechnologien recht gut ausgestattet sind. So leben 93% aller Personen in einem Haushalt, der über einen Computer verfügt, und 97% in einem mit Mobiltelefon. Diese Anteile sind nach wie vor im Steigen: 1998 lebten erst 55% aller Personen in einem Haushalt mit Computer. Auch im Bereich der Haushaltsgeräte wie Geschirrspüler, Waschmaschine und Wäschetrockner ist eine Zunahme zu beobachten. Während 2013 über 84% aller Personen in einem Haushalt mit Geschirrspüler leben, waren es 1998 erst 61%.

Quote der materiellen Entbehrung nach versch. soziodem. Merkmalen, 2013



Materielle Entbehrungen

Wer ein dauerhaftes Konsumgut nicht besitzt, verzichtet nicht zwingend aus finanziellen Gründen darauf. 2013 mussten lediglich 1% der in der Schweiz wohnhaften Personen aufgrund ihrer finanziellen Situation auf einen Computer verzichten; bei den Autos für den Privatgebrauch betrug dieser Anteil knapp 4%. Eine der häufigsten materiellen Entbehrungen wurde durch mangelnde finanzielle Reserven verursacht: 20% der Personen in Privathaushalten waren nicht in der Lage, eine unerwartete Ausgabe in der Höhe von 2500 Franken zu tätigen. Relevant sind auch die Entbehrungen, welche die wahrgenommenen Beeinträchtigungen bezüglich der Wohnumgebung betreffen: 16% der Bevölkerung sehen sich Lärmbelästigungen durch Nachbarn oder von der Strasse ausgesetzt, 15% geben an, mit Problemen der Kriminalität, Gewalt oder Vandalismus konfrontiert zu sein und 12% mit Feuchtigkeitsproblemen. Ausserdem konnte sich 9% der Bevölkerung nicht jedes Jahr eine Woche Ferien weg von zu Hause leisten.

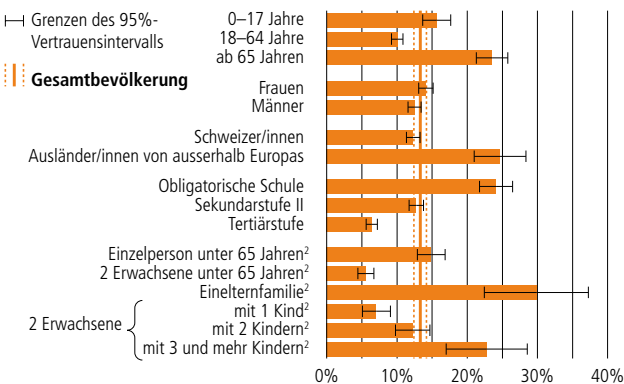
Finanzielle Armut und Armutsgefährdung

In der Schweiz waren im Jahr 2012 7,7% der ständigen Wohnbevölkerung in Privathaushalten von Einkommensarmut betroffen. Dies entspricht rund 590 000 Personen. Die durchschnittliche Armutsgrenze, die auf dem sozialen Existenzminimum basiert, betrug für eine Einzelperson rund 2200 Franken pro Monat und für zwei Erwachsene mit zwei Kindern rund 4050 Franken. Nach dem relativen Armutsgefährdungskonzept waren 2013 13,3% oder rund 1 035 000 Personen armutsgefährdet. Die entsprechende Armutsgefährdungsschwelle (60% des verfügbaren medianen Äquivalenzeinkommens) 2013 lag bei rund 2560 Franken pro Monat für eine Einzelperson resp. rund 5380 Franken für zwei Erwachsene mit zwei Kindern.

Armut der Erwerbstätigen

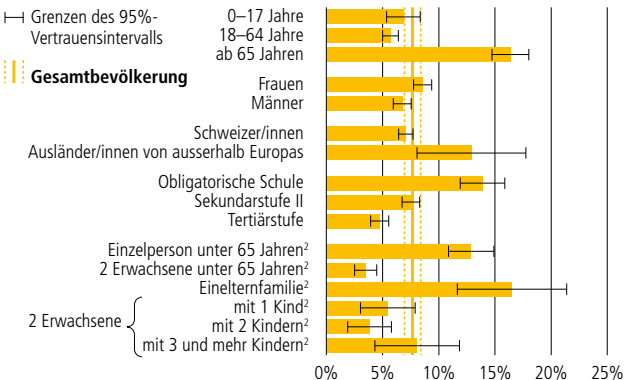
Personen in Haushalten mit hoher Erwerbspartizipation weisen generell die tiefsten Armutsquoten auf. Eine erfolgreiche Integration in den Arbeitsmarkt bietet in der Regel einen wirksamen Schutz vor Armut. Dennoch waren 2012 3,5% oder rund 130 000 Personen trotz Erwerbsarbeit von Armut betroffen. Armut bei Erwerbstätigen lässt sich vor allem im Hinblick auf die (längerfristige) Sicherheit und Unsicherheit der Erwerbssituation beschreiben: Sofern Arbeitsbedingungen und Arbeitsformen eindeutig oder tendenziell als unsicher einzustufen sind, ist auch die Armutsbetroffenheit grösser.

Armutsgefährdungsquote¹ nach versch. soziodemografischen Merkmalen, 2013



¹ Basiert auf den Einkommen ohne Berücksichtigung allfälliger Vermögensbestände
² Personen, die in einem solchen Haushalt leben

Armutsquote¹ nach verschiedenen soziodemografischen Merkmalen, 2012



1 Basiert auf den Einkommen ohne Berücksichtigung allfälliger Vermögensbestände

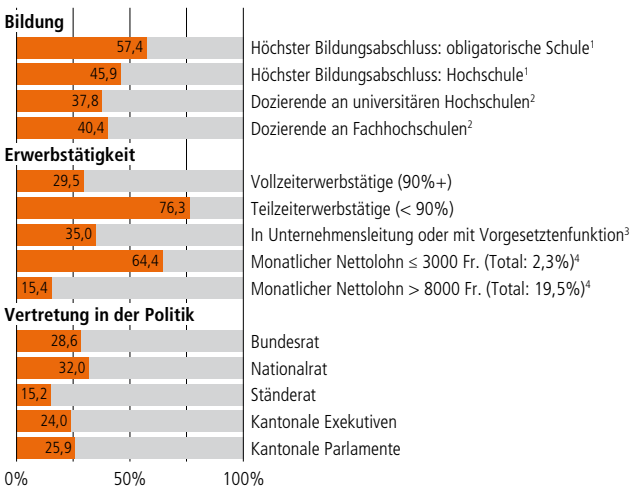
2 Personen, die in einem solchen Haushalt leben

Ungleichheiten bei der Einkommensverteilung

Die Ungleichheiten bei der Einkommensverteilung werden auf der Basis des verfügbaren Äquivalenzeinkommens analysiert. Dieses wird wie folgt berechnet: Die obligatorischen Ausgaben des Haushalts werden vom Bruttoeinkommen abgezogen, und das sich daraus ergebende verfügbare Einkommen wird durch die Äquivalenzgrösse des Haushalts dividiert. Das verfügbare Äquivalenzeinkommen ist demnach ein Index für den Lebensstandard der einzelnen Personen, unabhängig davon, in welchem Haushaltstyp sie wohnen. Im Jahr 2013 war das verfügbare Äquivalenzeinkommen der wohlhabendsten 20% der Bevölkerung viermal so hoch wie jenes der ärmsten 20%.

Kennzahlen zur Gleichstellung von Frau und Mann

Frauenanteil in % (letzter verfügbarer Stand 2010–2016)



1 25- bis 64-jährige Wohnbevölkerung

2 Professorinnen, übrige Dozentinnen, Assistentinnen und wiss. Mitarbeiterinnen

3 Arbeitnehmende

4 Vollzeitarbeitnehmende, privater und öffentlicher Sektor (Bund)

► www.statistik.admin.ch → Themen →

Wirtschaftliche und soziale Situation der Bevölkerung

Sind wir auf dem Weg der Nachhaltigen Entwicklung?

1 Bedürfnisdeckung – Wie gut leben wir heute?

Die Gesundheit verbessert sich	  	Die Verurteilungen aufgrund von schwerer Gewaltdelikten nehmen zu	  
Leichter Anstieg der Einkommen	  	Die Erwerbslosenquote gemäss ILO nimmt zu	  

2 Gerechtigkeit – Wie sind die Ressourcen verteilt?

Die Ausgaben für öffentliche Entwicklungshilfe steigen	  	Der Lohnunterschied zwischen Frauen und Männern verkleinert sich schrittweise	  
Die Armutsquote nimmt ab	  		

3 Kapitalerhaltung – Was hinterlassen wir unseren Kindern?

Die Lesefähigkeit der Jugendlichen verbessert sich	  	Die Anzahl Beschäftigten in Wissenschaft und Technologie nimmt zu	  
Nach einem Anstieg ist die Verschuldung wieder unter das Niveau von 1992 gesunken	  	Die Brutvogelbestände nehmen zu	  
Der Investitionsanteil am Bruttoinlandprodukt stagniert	  	Die pro Person benutzte Siedlungsfläche nimmt zu	  

4 Entkoppelung – Wie effizient nutzen wir die Ressourcen?

Keine signifikante Veränderung der Intensität des Güterverkehrs	  	Der Energieverbrauch pro Person nimmt ab	  
Der Anteil des öffentlichen Verkehrs nimmt zu	  	Die Materialintensität nimmt ab	  

Angestrebte,

-  Zunahme
-  Stabilisierung
-  Abnahme

beobachtete Entwicklung

-  Zunahme
-  Keine wesentliche Veränderung
-  Abnahme

Zusammenfassung der Entwicklung seit 1992

-  Positiv (hin zur Nachhaltigkeit)
-  Unverändert
-  Negativ (weg von der Nachhaltigkeit)

In den meisten Lebensbereichen sind Ansätze für eine nachhaltige Entwicklung vorhanden, gleichzeitig aber auch gegenläufige Trends feststellbar. So konnten in einigen Bereichen Verbesserungen hinsichtlich Ökoeffizienz erzielt werden, doch wurden diese oft durch Konsumsteigerungen kompensiert.

Fraglich ist auch die Fairness zwischen den Generationen: Die relativ positive Beurteilung der aktuellen Lage könnte auf Kosten zukünftiger Generationen zustande kommen. Beispielsweise verfügen rund 14% der Jugendlichen bei der Lektüre nicht einmal über die für den Alltag erforderlichen minimalen Kenntnisse. Und der Siedlungsflächenzuwachs geht grösstenteils auf Kosten von wertvollen Landwirtschaftsflächen.

Der **ökologische Fussabdruck** misst die Nutzung der erneuerbaren natürlichen Ressourcen und veranschaulicht die Knappheit des biologischen Umweltkapitals. Der Fussabdruck pro Person in der Schweiz ist 2011 fast dreimal grösser als die weltweit pro Person durchschnittlich verfügbare Biokapazität. Die Hauptursache für den grossen Fussabdruck ist der Energieverbrauch. Global gesehen ist die wirtschaftliche Entwicklung oft mit zunehmendem Umwelt- und Ressourcenverbrauch verbunden. Das heisst: Je höher das Volkseinkommen eines Landes, desto grösser dessen Fussabdruck. Der schweizerische Fussabdruck liegt im Durchschnitt der meisten westeuropäischen Länder. Die Vereinigten Staaten und einige europäische Länder verbrauchen beinahe viermal mehr Ressourcen, als was weltweit an Biokapazität verfügbar ist. In vielen Ländern in Südostasien und Afrika liegt der Verbrauch deutlich unter dem Weltdurchschnitt.

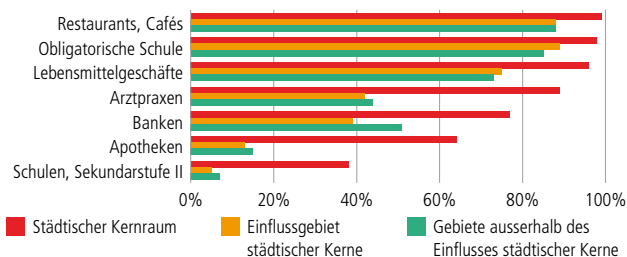
► www.statistik.admin.ch → Themen → Nachhaltige Entwicklung

Dienstleistungen für die Bevölkerung: räumliche Verteilung und Erreichbarkeit

Das Bundesamt für Statistik hat die räumliche Verteilung sowie die Erreichbarkeit von rund dreissig für das tägliche Leben bedeutsamen Dienstleistungen analysiert. Diese Studie dient der Beobachtung der Lebensqualität in den Regionen sowie der räumlichen Disparitäten. Im Folgenden sind zwei Resultaten als Beispiele aufgeführt.

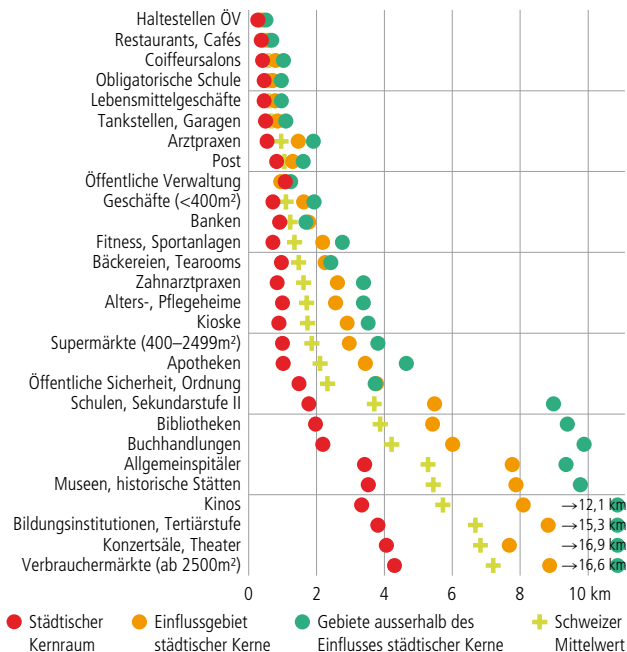
Versorgung der Gemeinden mit Dienstleistungen, 2011

Anteil der Gemeinden mit mindestens einer Arbeitsstätte

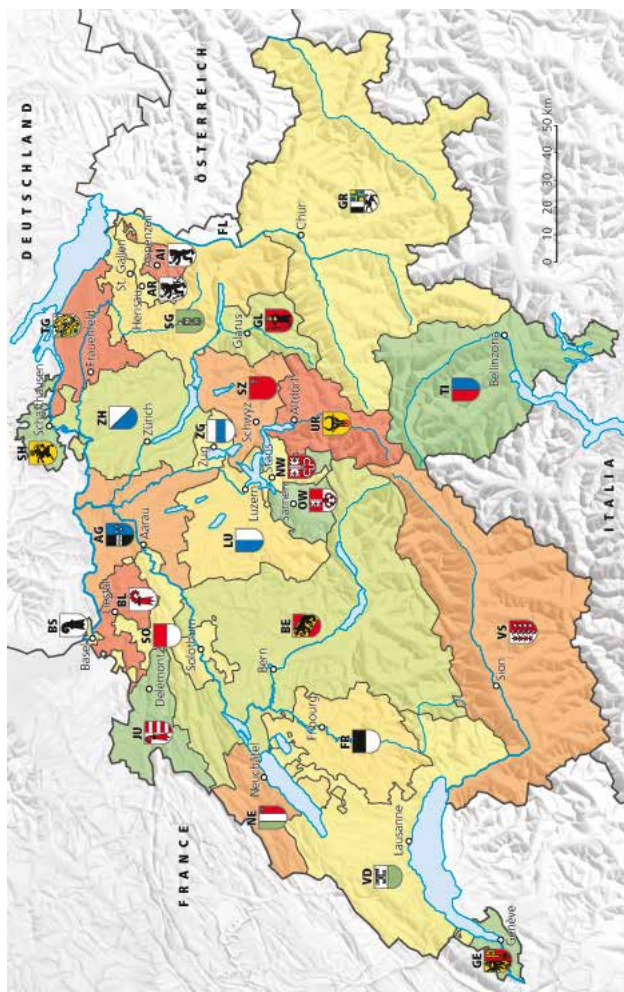


Mittlere Distanz zur nächstgelegenen Dienstleistung, 2011

Aufgrund des Strassennetzes berechnete Distanz, in km



Die Schweiz und ihre Kantone

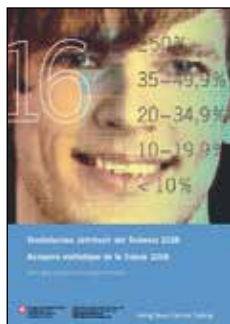


26 Kantone
 148 Bezirke
 2294 Gemeinden
 Stand 1.1.2016
 ◦ Kantonshauptort
 Kantonsabkürzungen vgl. Tabelle Seite 4

Statistisches Jahrbuch der Schweiz 2016

Das Statistische Jahrbuch ist das Standardwerk der Schweizer Statistik. Es vermittelt ein umfassendes Bild der sozialen und wirtschaftlichen Lage der Schweiz und bietet nebst Tabellen illustrierte Übersichten zu allen Themen der öffentlichen Statistik. Das Werk ist durchgängig zweisprachig deutsch und französisch; in englischer und italienischer Sprache wird zudem ein Querschnitt mit den wichtigsten statistischen Informationen angeboten. Ein separates Karten-Kapitel ist den neuesten Ergebnissen der Arealstatistik der Schweiz gewidmet.

Herausgegeben vom Bundesamt für Statistik. 616 Seiten (gebunden), Fr. 120.–. Erhältlich im Buchhandel oder direkt bei NZZ Libro, dem Buchverlag der Neuen Zürcher Zeitung. E-Mail: nzz.libro@nzz.ch



Graphisch-statistischer Atlas der Schweiz 1914–2014

Der «Graphisch-statistische Atlas der Schweiz» von 1914 ist einer der ersten und umfangreichsten thematischen Landesatlanten der Schweiz und gleichzeitig ein herausragendes, graphisches Kompendium der ersten 50 Jahre öffentlicher Statistik in unserem Land. Anlässlich des 100-jährigen Jubiläums seiner Herausgabe hat das Bundesamt für Statistik dieses eindruckliche und heute nur noch schwer erhältliche Werk vollständig faksimiliert, um es wiederum einer breiten, interessierten Öffentlichkeit zugänglich zu machen.



Gleichzeitig wurden dabei die Originaltafeln von 1914 um neue statistische Karten und Diagramme mit aktuellem Zahlenmaterial derselben Themen von 2014 ergänzt. So bietet der Atlas in Form einer «Ergänzungslieferung» ganz unmittelbare Vergleiche und eine spannende visuelle Zeitreise durch die gesellschaftlichen und räumlichen Strukturen der Schweiz vor 100 Jahren und der Schweiz von heute.

Herausgegeben vom Bundesamt für Statistik. 130 Seiten (gebunden), Fr. 89.– (exkl. MWSt). Erhältlich beim Bundesamt für Statistik. E-Mail: order@bfs.admin.ch

Das [Portal Statistik Schweiz](http://www.statistik.ch) (www.statistik.ch) ist das umfassende Online-Angebot der öffentlichen Statistik der Schweiz. Hier sind die Medienmitteilungen, Publikationen des BFS und weiterer öffentlicher Statistikstellen sowie laufend aktualisierte detaillierte Ergebnisse in Form von Indikatoren und herunterladbaren Tabellen verfügbar. Attraktive Karten und Atlanten finden sich in den Kapiteln «Regional» und «International». Mit der Abonnieurung des NewsMail-Dienstes oder von automatischen Benachrichtigungen (RSS-Feeds) können sich die Nutzer und Nutzerinnen über das breite Angebot auf dem Laufenden halten. Seit 2011 gibt es im bis anhin viersprachigen Statistikportal (deutsch, französisch, italienisch, englisch) auch ein romanisches Angebot.

Mit dem Mini-Statistikportal <http://mobile.bfs.admin.ch> bietet das Bundesamt für Statistik seit 2010 die wichtigsten statistischen Zahlen auch für mobile Geräte an.

